

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 28. März 2011**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **11. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 18.25 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 10. Sitzung des Gemeinderates vom 15.02.2011 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Klaus Hoflehner

Rupert Leitner

Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner

Mag. Bernhard Humer

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Ernst Kirchmayr

Mag. Petra Lipp

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Augustine Zittmayr-Hacker

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Andrea Bauer

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schritfführer:**

W.OAR. Johann Höpfl

Beate Wiesinger

### **Entschuldigt:**

StR. Silvia Huber (SPÖ)

GR. Barbara Wildfellner (SPÖ)

GR. Herbert Pernkopf (ÖVP)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 22.03.2011 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Mitteilung des Bürgermeisters

### Spitalsreform:

Bgm. Dr. Koits: Am Freitag letzter Woche erhielt ich gegen Mittag eine Einladung des Herrn Landeshauptmannes. Es wurden die Bürgermeister der Standortgemeinden jener Krankenhäuser, die von der Spitalsreform betroffen sind, am selben Tag abends um 19.00 Uhr über das Ergebnis der Expertenberatungen informiert. Es gab sozusagen eine Zusammenfassung der Ergebnisse, zu welchen dieses Expertenteam gekommen ist.

Nimmt man die einzelnen Versorgungsregionen her, so stellt man fest, dass auch unser Klinikum Wels-Grieskirchen in einem doch bedeutenden Umfang von den Maßnahmen betroffen ist. Unter anderem ist mittelfristig vorgesehen, die Herzchirurgie – nicht die Kardiologie – zusammenzufassen und allein in Linz anzusiedeln, nämlich beim AKH. Weiters ist eine Reduzierung der Betten um 127 vorgesehen. Und dann ist auch noch beabsichtigt, eine Bettenanpassung im Bereich der Unfallchirurgie, der Gesichts- und Kieferchirurgie durchzuführen.

Ich hatte am Wochenende zweimal mit der Geschäftsleitung des Klinikums telefonisch Kontakt und heute Vormittag auch noch mit der Belegschaftsvertretung. Wir haben vereinbart, dass innerhalb der nächsten zwei Wochen ein Treffen stattfindet, bei welchem die Positionen aus der Sicht des Krankenanstaltenträgers und aus der Sicht der Belegschaftsvertretung der Stadt mitgeteilt werden.

Es wird sicher auch noch notwendig sein, dass seitens des Expertenteams detailliertere Informationen an die Krankenanstalt und an uns als Stadt Wels ergehen, damit wir uns noch ein genaueres Bild machen können. Derzeit wäre es meines Erachtens noch zu früh, in die eine oder andere Richtung konkrete Aussagen zu treffen. Persönlich glaube ich allerdings, dass mit dem Abwandern der Herzchirurgie etwas wegbrechen würde, das in Zusammenarbeit mit der Kardiologie sehr gut aufgebaut wurde und nicht nur für die Versorgung der Stadt und Region von Wichtigkeit ist, sondern das sich auch international einen ausgezeichneten Ruf sichern konnte.

Und zum Zweiten ist festzuhalten, dass die Unfallchirurgie die größte in Oberösterreich ist und praktisch immer ein voll ausgelastetes Bild abgibt.

Wenn eine Reduzierung der Bettenanzahl vorgesehen ist, muss man doch festhalten, das zu manchen Zeiten sogar eine Überbelegung festzustellen ist, sodass teilweise Betten auch am Gang stehen, was ja nicht gerade eine angenehme Situation darstellt.

Ich habe diese Dinge dort und da schon geäußert, aber eine konkrete Aussage – wir werden darüber auch noch im Stadtsenat Beratungen führen – können wir erst dann treffen, wenn uns detailliertere Informationen zur Verfügung stehen. Ich wollte ihnen dies aber als erste Information weitergeben.

### Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Atomausstieg:

Bgm. Dr. Koits: Ich darf ihnen bekannt geben, dass heute kein Themenvorschlag für die „Aktuelle Stunde“ eingereicht wurde, dafür aber ein Dringlichkeitsantrag durch die Gemeinderatsfraktion der GRÜNEN.

Ich weiß jetzt nicht, ob alle Mitglieder des Gemeinderates den vollständigen Text der Petition erhalten haben, Frau Gemeinderätin Bauer. Wenn nicht, müsste das nachgeholt werden.

Sodann verliest der Bürgermeister den Dringlichkeitsantrag (Anlage 31) und bringt die wesentlichsten Inhalte der Petition zur Kenntnis. Außerdem verliest der Bürgermeister den als Anlage 32 beigefügten Abänderungsantrag der ÖVP Wels.

### Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Bauer: Eigentlich wurde vom Herrn Bürgermeister schon verlesen, warum dieser Antrag als dringlich anzusehen ist. Ergänzend dazu darf ich noch anführen, dass heute erstmals bestätigt wurde, dass eine Kernschmelze in Fukushima bereits eingetreten ist. Es ist überhaupt nicht absehbar, wie es dort weitergehen wird und was uns noch alles bevorsteht.

Man könnte auch meinen, dass uns die Ereignisse in Japan hier in Österreich überhaupt nicht betreffen, noch dazu als wir gar keine Atomkraftwerke haben. Es gibt allerdings doch 14 grenznahe Atomkraftwerke und zwei davon liegen besonders nah, nämlich keine 150 Kilometer von Wels entfernt. Dabei handelt es sich um Temelin und Isar.

Ich denke, es stellt ein wichtiges Signal dar, diese Petition zu unterstützen, die überparteilich ist und die auch schon von der Oö. Landesregierung beschlossen wurde, und zwar in ziemlich gleichem Wortlaut inklusive Punkt 3. So gesehen verstehe ich eigentlich den Abänderungsantrag der ÖVP nicht.

Insgesamt bitte ich darum, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Die Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages bringt folgendes Ergebnis:

Dem Antrag (Anlage 31) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf somit festhalten, dass dieser Dringlichkeitsantrag samt Abänderungsantrag in der Sache selbst am Ende der heutigen Tagesordnung weiterbehandelt wird.

Damit kommen wir jetzt zur Behandlung der Punkte unserer Tagesordnung und ich darf dem Kollegen Wimmer den Vorsitz übergeben.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG;  
Einbringung der Liegenschaft „Neue Mittelschule 8 Lichtenegg“  
(vormals Hauptschule 8 Lichtenegg) und  
Abschluss eines Mietvertrages  
FD-BetM-24-2011, miterledigt:  
DI-ZR-23-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 21.03.2011:

1. Der Abschluss des Sacheinlagevertrages gemäß Anlage 1 und
2. der Abschluss des Mietvertrages zwischen der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG und der Stadt Wels hinsichtlich der Rückvermietung der an die Gesellschaft mit Sacheinlagevertrag gemäß Punkt 1. übertragenen Liegenschaften wird entsprechend dem beigefügten Muster (Anlage 2) genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

2.)

Neue Mittelschule 8 Lichtenegg (vormals Hauptschule 8 Lichtenegg);  
Errichtung eines Schulzubaus und einer Basketball-Trainingshalle;  
Grundsatzbeschluss  
SF-Sport-120-2010, miterledigt:  
SF-Sport-121-2011

Vzbgm. Wimmer zitiert auszugsweise aus dem als Anlage 3 beigefügten Amtsbericht.

Der Antrag lautet nach Vorberatung in der gemeinsamen Sitzung des Sportausschusses sowie des Generationen-, Bildungs- und Kulturausschusses am 17.03.2011:

Das Projekt der ARGE Harmach/Bachner-Roth für die Errichtung eines Zubaus für die Neue Mittelschule 8 Lichtenegg und einer Basketball-Trainingshalle mit Gesamtbaukosten von € 4,540.000,- exkl. MWSt. +/- 15 % Kostengenauigkeit (Abwicklung durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG) und die Einrichtungskosten in der Höhe von € 312.000,- inkl. MWSt. +/- 15 % Kostengenauigkeit (Abwicklung durch die Stadt Wels) wird grundsätzlich genehmigt.

StR. Dr. Rabl: Es freut mich ganz besonders, dass dieses Projekt erstens so rasch und effizient über die Bühne geht. Ich glaube, dass es sich die Schüler der Hauptschule durchaus verdient haben, dass hier eine Nachmittagsbetreuung kommt, noch dazu wenn man weiß, wie groß eigentlich der Bedarf in diesem Bereich ist, das heißt, wir kommen bei der Bedarfsabdeckung eigentlich gar nicht nach.

Zum Zweiten – das ist wohl allgemein bekannt – ist in Wels eine sehr erfolgreiche Basketball-Mannschaft zu Hause, welche die Dreifach-Turnhalle der HS 8 sehr intensiv nutzt. Damit verbunden kommt es immer wieder zu Problemen in der Weise, dass die Sportausübung durch die Schüler nicht in jener Weise erfolgen kann, wie man das erwarten könnte. So glaube ich, dass auch aus diesem Grund die Schaffung einer Trainings-Sporthalle eine optimale Sache darstellt, um den Anforderungen zu genügen.

Wir wissen alle, dass es darüber sehr große Diskussionen gegeben hat, aber schließlich hat man sich auf eine Linie verständigt und ein umfassendes Sportkonzept erarbeitet. Das ist sicher der wesentliche Meilenstein zur Verwirklichung dieses Sportkonzeptes, dazu, dass die Sportplätze in Wels in einen ordentlichen Zustand gebracht werden, dass die Trainingskapazitäten zur Verfügung stehen. Deshalb bekennen wir uns zu diesem Neubau und zu dieser Investition. Wir glauben, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist.

GR. Wartinger: Viele Leute werden sagen: Na, da redet ihr wieder über den Sport! Aber einfach so kann man das heute meines Erachtens nicht sehen. Der Schulzubau und der Bau der Basketball-Trainingshalle sind in zweifacher Hinsicht sehr wichtig für unsere Stadt. Einerseits werden damit die Trainingsmöglichkeiten für die Welser Basketball-Mannschaften enorm verbessert, demnach sowohl für die Kampfmannschaft – die

brauchen anscheinend das Training in letzter Zeit besonders – als auch für Nachwuchsmannschaften, wobei wir ja sagen müssen, dass im Bereich des Basketballs sehr viel an Jugend- und an Integrationsarbeit betrieben wird.

Andererseits geht es hier aber auch um die Erweiterung des Baus für die „Neue Mittelschule 8“. Ich freue mich für die Kollegin Anni Eisenrauch, dass das endlich wahr wird bzw. dass endlich diese Sanierung und Erweiterung vorgenommen werden kann. Ich war selbst vier Jahre lang dort Elternvertreterin und weiß über die Platzprobleme sehr gut Bescheid. Die NMS 8, wie sie jetzt genannt wird, hat man ursprünglich als Zwölf-Klassen-Hauptschule gebaut, durch die Wohnungsneubauten in Lichtenegg bzw. in der Noitzmühle sowie durch die Senkung der Klassenschüler-Höchstzahlen wurde jedoch das Platzproblem bzw. wurden die Raumnöte von Jahr zu Jahr größer.

Aber nicht nur die Schüler sind von den beengten Verhältnissen betroffen, nein, auch die Lehrkräfte müssen sich im engen Konferenzzimmer alles teilen. Nicht für jede Lehrkraft steht ein Arbeitsplatz bzw. ein Platz im Konferenzzimmer zur Verfügung. Man muss sich vorstellen, wie das in einem Büro wäre, wenn sich zwei oder drei Kollegen einen Tisch teilen müssten. So etwas ist doch wirklich nicht sehr optimal.

Man muss sich weiters vorstellen, dass es einen Zuwachs von 370 auf 390 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2011/12 geben wird und damit ist auch eine Erhöhung der Zahl an Lehrkräften von 50 auf 55 verbunden. Dazu kommt dann auch noch die Nachmittagsbetreuung. Somit ergibt sich ganz einfach ein zusätzlicher Raumbedarf.

Mit diesem Zubau werden endlich Platzverhältnisse geschaffen, wie sie für einen normalen Schulbetrieb notwendig sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Finden sie nicht auch – wenn man schon einen ganzen Tag entweder als Lehrer oder als Schüler an einem Platz verbringt – dass man sich wohlfühlen können sollte? Wir als ÖVP-Fraktion treten jedenfalls für die Umsetzung dieses Projektes ein, damit die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrkräfte gern in diese Schule kommen und die Motivation zur Erbringung von Leistungen nicht durch einen Platzmangel verloren gehen.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank für die zustimmenden und, was die Frau Kollegin Wartinger betrifft, sogar aufmunternden Worte in Richtung künftiger ähnlicher Projekte.

Natürlich freut es mich auch, dass die FPÖ-Fraktion bzw. deren Vorsitzender, der in der Vergangenheit vielleicht nicht die allergrößte Affinität zum Thema Sport hatte, nunmehr doch so weit bekehrt wurde, dass er für dieses ausgezeichnete oder für dieses, wie man es eigentlich bezeichnen könnte, Vorzeigeprojekt derart lobende Worte fand. Damit bin ich für die Zukunft, insbesondere was den heutigen Tagesordnungspunkt 8. betrifft, sehr zuversichtlich.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

Neue Mittelschule 8 Lichtenegg;  
Errichtung eines Schulzubaus und einer Basketball-Trainingshalle;  
Grundsatzbeschluss – Finanzierung  
FD-Fin-85-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.03.2011:

1. Die Finanzierung der Investitionen in die mit Sacheinlagevertrag zu übertragende Liegenschaft „HS 8 Lichtenegg“, jetzt „Neue Mittelschule 8 Lichtenegg (NMS 8)“ für die Errichtung eines Schulzubaus und einer Basketball-Trainingshalle ohne Einrichtung entsprechend dem Projekt ARGE Harmach/Bachner-Roth mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 4,540.000,-- exkl. USt. – Kostengenauigkeit +/- 15 % – mittels Krediten bzw. Darlehen durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird grundsätzlich genehmigt, wobei bei der Stadt Wels eingehende Förderungen an diese Gesellschaft weiterzuleiten sind.
2. Die Finanzierung und Aufnahme von Darlehen für die Kosten der Einrichtung im Rahmen des Projektes „Errichtung eines Schulzubaus und einer Basketball-Trainingshalle“ wird entsprechend der Kostenschätzung in Höhe von € 260.000,-- zuzüglich 20 % USt., zusammen € 312.000,--, Kostengenauigkeit +/- 15 %, genehmigt.
3. Eine Übertragung von Mitteln zwischen Gebäudeinvestitionen gemäß Punkt 1. und der Einrichtung gemäß Punkt 2. des Beschlussantrages ist zulässig, wenn hierdurch die Gesamtprojektkosten in Höhe von netto € 4,800.000,--, Kostengenauigkeit +/- 15 %, nicht überschritten werden.
4. Die Übernahme der Haftung durch die Stadt Wels für die gemäß Punkt 1. in Verbindung mit Punkt 3. des Beschlussantrages aufzunehmenden Kredite bzw. Darlehen der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG entsprechend beiliegender Musterhaftungserklärung (Anlage 4) wird genehmigt. Diese Haftungserklärung bedarf einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung durch das Land Oberösterreich und ist gegenüber Dritten erst mit dieser Genehmigung rechtswirksam.

Einstimmig angenommen.

4.)

Holding Wels GmbH;  
Haftungsübernahme durch die Stadt Wels gem. § 1356 ABGB für zwei  
Darlehensaufnahmen  
FD-Fin-1801/1-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.03.2011:



Die beiliegende Haftungserklärung (Anlage 5) gem. § 1356 ABGB in Höhe von € 16.000.000,- samt allfälliger Zinsen, Verzugszinsen und Nebenverbindlichkeiten auf Basis der zugrundeliegenden Darlehensgeschäfte (Anlagen 6 und 7) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verkehrsflächenbeitrag-Einheitssatzverordnung 2004;  
Aufhebung  
FD-StV-42-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.03.2011, der Gemeinderat möge die Verordnung (Anlage 8) über die Aufhebung der Verkehrsflächenbeitrag-Einheitssatzverordnung 2004 der Stadt Wels beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Resch & Frisch Immobilien GmbH & Co KG, Wels, Schloßstraße 15;  
Verkauf von stadteigenen Grundflächen  
DI-LV-6-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 17.03.2011:

An die Resch & Frisch Immobilien GmbH & Co KG, Wels, Schloßstraße 15, wird das stadteigene Grdst. Nr. 1512/1 (EZ. 2217, KG. Pernau) zu einem Preis von € 65,- pro Quadratmeter sowie die ca. 640 m<sup>2</sup> große Restfläche aus dem öffentlichen Gut (Grdst. Nr. 1801/1) und 275 m<sup>2</sup> des aufgelassenen Feldweges Nr. 1799 (Gesamtausmaß der Verkehrsflächen insgesamt ca. 915 m<sup>2</sup>) zu einem Preis von € 32,50 pro Quadratmeter verkauft.

Einstimmig angenommen.

7.)

Welldorado Wels;  
Sanierung der Freibadtechnik;  
Grundsatzbeschluss  
SF-FzB-114-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 17.03.2011:

Die Sanierung der Technik im Freibad Wels mit einer Gesamtsumme von € 764.200,-- inkl. MWSt. wird grundsätzlich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

8.)

WSC Hertha;  
Errichtung eines neuen Clubheimes;  
Abschluss einer Subventionsvereinbarung  
SF-Sport-120-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 17.03.2011:

Die Subventionsvereinbarung (Anlage 9) zwischen der Stadt Wels und dem WSC Hertha wird genehmigt.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich habe schon vor einigen Tagen vernommen, dass der Sportausschuss diesem Projekt einstimmig die Zustimmung erteilte. Durch diverse Schnorrbriefe in den letzten Jahren auch an die Kollegen des Gemeinderates ist es ja nicht verborgen geblieben, dass ich nun schon seit etwa zwei Jahren als Obmann des WSC Hertha fungiere und somit darf ich mich jetzt schon bei allen dafür recht herzlich bedanken, dass im Sportausschuss und wahrscheinlich auch heute dieser Beschluss möglich sein wird.

Ich denke allerdings, dass es jenen, die im Ausschuss dabei waren, nicht allzu schwer fiel, ihre Zustimmung für dieses Projekt zu geben. Es hatten ja auch viele Mitglieder des Gemeinderates in den letzten Jahren die Möglichkeit, die Sportanlage Mauth zu besuchen, insbesondere auch unser Sportheim, dem ja immer wieder über die Jahre hinweg auch seitens des Sport- und Finanzreferenten eine enorme Gemütlichkeit attestiert wurde und so tut es mir ja fast leid, dieses Ansinnen seinerseits, das er im Rahmen der Berichterstattung äußerte, nämlich in Richtung Neuaufbau als Kantinenmuseum, nicht so recht wahrnehmen zu können, denn eigentlich hätte dieser Vorschlag so einen gewissen Charme.

Ganz wesentlich ist jedenfalls, dass dieses Vereinsheim neu gebaut wird. Es geht im Vordergrund um die Sanitäreanlage, die Heizungsanlage sowie überhaupt um die ganze Infrastruktur, die total am Ende ist. So wird es halt ganz wichtig sein für den gesamten Sportbetrieb des WSC Hertha, dass neue Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, wobei ich natürlich hoffe, dass eine kleine Kantine, die es bei den Vereinen zu meist gibt, auch wieder so gemütlich wird, dass der Hermann Wimmer wieder seinen berühmten Erdäpfelsalat oder seinen Apfelstrudel genießen kann und auch noch andere Kollegen aus dem Stadtsenat und Gemeinderat unsere Sportveranstaltungen besuchen.

In der Historie sollte noch erwähnt werden, dass bereits zu jener Zeit, als das Mauth-Stadion errichtet wurde, davon die Rede war, die alte Baracke abzureißen und ein festes Heim hinzubauen. Aber aufgrund der Geldnot, die ja nichts Neues darstellt, wurden immer wieder solche Bemühungen hinausgeschoben. Umso erfreulicher ist es, wenn es jetzt doch so weit sein kann.

Ich möchte noch erwähnen, dass dieses Clubheim nicht ausschließlich für den WSC Hertha zur Verfügung steht, sondern dass das ganze Jahr über immer wieder größere Sportveranstaltungen abgehalten werden – demnächst gibt es eine landesweite Leichtathletik-Schülermeisterschaft im Mauth-Stadion – und dass dann selbstverständlich der Verein immer die Umkleidekabinen und die gesamte Infrastruktur zur Verfügung stellt, sodass also über das Fußballgeschehen hinaus eine Nutzung stattfindet. Somit wird das Mauth-Stadion insgesamt ein schöneres oder kompetenteres Erscheinungsbild abgeben.

Das Heim selbst wird nach dem neuesten Stand der Technik gebaut, also auch mit einer entsprechenden Wärmedämmung und anderen Dingen, die heute wichtig sind, ausgestattet. Es wird eine sehr schöne Loggia für die VIP's geben, die immer wieder erscheinen und die sich dort wohlfühlen sollen.

Ich hoffe, dass es schon demnächst einen Baubeginn geben wird. Der Herr Baudirektor wird ja sozusagen Schritt für Schritt der Begleiter dieses Vorhabens sein, auch bei diesen ganzen Ausschreibungen. Es wäre schön, die nächste Weihnachtsfeier schon im neuen Clubheim abhalten zu können, aber eher wird es im nächsten Jahr die Osterfeier sein, die als erstes im neuen Heim stattfindet; aber es soll damit ebenfalls recht sein.

Jetzt nochmals von meiner Seite her ein herzlicher Dank an den Welser Gemeinderat. Ich hoffe, dass ich bald sehr viele Gäste im neuen Heim begrüßen kann.

Vzbgm. Wimmer: Den wegweisenden Worten des Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Eine kleine Anmerkung hätte ich allerdings schon noch, nämlich jene, dass ich doch darauf hoffe, dass im Bauplan im Kantinenbereich ein Raucherraum berücksichtigt wurde. Im Interesse der Gastronomie halte ich das für außerordentlich wichtig und erforderlich, aber auch im Interesse des Herrn Kollegen Baumgartner, denn falls wir uns dort treffen, sollten wir uns ja nicht in die Haare kriegen. Sie sehen also, dass das entsprechend berücksichtigt werden sollte. Ansonsten ersuche ich nur noch um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Sanierung der Sportanlage Mauth;  
Grundsatzbeschluss  
SF-Sport-120-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 17.03.2011:

Die Generalsanierung der Sportanlage Mauth mit Neubau des Kraftsporttraumes sowie Zubau für Wettkampfbüro und Lagerräume zu einem Gesamtbetrag von € 555.000,-- (+/- 5 % Kostengenaugigkeit) wird grundsätzlich genehmigt.

StR. Lehner: Wir bekennen uns natürlich genauso zur Sanierung der Sportanlage Mauth. Für's Protokoll möchte ich allerdings festhalten, dass bei den Gesamtausgaben in Höhe von 555.000 Euro Planungs- und Bauleitungskosten von 130.000 entstehen. In unserer Fraktion ist uns dieser Betrag sehr hoch vorgekommen, aber in der Zwischenzeit hat sich aufgeklärt, dass in diesen Kosten auch sehr maßgeblich Abbruch- und Entsorgungskosten enthalten sind. Damit ist dann auch wieder die Verhältnismäßigkeit gegeben. Jedenfalls bekennen wir uns aber auch zu diesem Vorhaben.

Vzbgm. Wimmer: Vielen herzlichen Dank für diese Erklärung und es ist dieser nichts hinzuzufügen. Es freut mich, dass sich auch zu diesem Punkt eine Einstimmigkeit abzeichnet. Damit darf ich übrigens feststellen, dass es schon sehr interessant ist, dass meine Punkte eigentlich stets einstimmig über die Bühne gehen.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Sanierung des Ledererturms  
DI-Verf-072-2011

Bgm. Dr. Koits: Ich darf ihnen bekannt geben, dass es zu diesem Initiativantrag einen Abänderungsantrag (Anlage 11) gibt, der dahingehend lautet, dass die Stadt Wels den Ledererturm „bestmöglich“ generalsanieren möge, wobei ja im ursprünglichen Initiativantrag der FPÖ von einer „schnellstmöglichen Generalsanierung im Außenbereich“ geschrieben steht.

Ich bitte darum, diesen Abänderungsantrag in die Debatte mit einzubeziehen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Bei diesem Antrag geht es der Freiheitlichen Fraktion einfach darum, dass es zu einer großen bzw. breiten Zustimmung zum Welsler Ledererturm

kommt und dieser nicht nur bestmöglich – das wird man sowieso anstreben – sondern auch schnellstmöglich generalsaniert wird.

Sieht man sich den Ledererturm in den Außenbereichen, in den Durchgängen etwas näher an, so befindet sich dieser jetzt schon, gelinde gesagt, in einem leicht katastrophalen Zustand. Es ist für die Stadt Wels keine Ehre, wenn sich eines der historisch wichtigsten und vielleicht auch schönsten Gebäude in unserer Altstadt in einem solchen Zustand befindet. Natürlich hat immer wieder das Geld gefehlt, aber ich meine doch, dass man in solchen Fragen die Prioritäten richtig setzen sollte. Es gibt ja kaum eine Ansichtskarte, einen Prospekt oder sonst irgendein Druckwerk über Wels, wo der Ledererturm als Wahrzeichen der Stadt Wels nicht abgebildet wäre. Und wenn das schon einmal so ist, dann sollte wohl auch das nötige Geld für eine Sanierung dieses Turms bereitgestellt werden.

Leider Gottes – darum kommt es ja zu diesem Antrag – ist es nicht gelungen, im Budget 2011 jene Mittel, die wirklich notwendig sind, für diesen Zweck bereitzustellen. Mit den 10.000 Euro, die enthalten sind, wird man ja nicht wirklich weit hüpfen können.

Man muss sich an dieser Stelle auch denken, dass wir nur einige hundert Meter weiter um 20 Mio. Euro das Welios bauen, welches das Weichbild der Stadt Wels sicher sehr stark prägen wird, aber angesichts solcher Summen müsste es uns doch auch möglich sein, noch in diesem Jahr den Ledererturm in Angriff zu nehmen.

Von bestimmten Stadtführungen her weiß ich selbst, dass auch der Aufgang zu diesem Turm über die versteckte Stiege an der Stadtmauer im Bereich des Pollheimerparks unbedingt saniert gehörte. Es ist schon fast gefährlich und ältere Leute wagen sich schon nicht mehr, diese Treppen hinaufzugehen, die auch sehr glatt sind. Ist man allerdings oben, wird es sehr interessant, weil man durch einen sehr schön erhaltenen Wehrgang in den Ledererturm hineinkommt, der dann aber mit so eigenartigen Böden aus den 60er-Jahren verunstaltet ist. Und geht man im Turm selbst die Treppen hinauf, weil man bei den Fenstern hinausschauen will, merkt man, dass die Fensterstöcke total kaputt sind und erneuert gehören.

Dieser Ledererturm befindet sich als rundherum in einem desaströsen Zustand und ich hoffe, dass es heute eine breite Zustimmung zu diesem eingebrachten Initiativantrag geben wird und dass es über das mikrige Budget für das Jahr 2011 hinaus dem Herrn Finanzreferenten möglich sein wird, etwas mehr Geld zur Verfügung stellen zu können, damit dieses Ansinnen, den Ledererturm zu sanieren, hinter dem meines Erachtens wirklich die gesamte Bevölkerung der Stadt Wels steht, umgesetzt werden kann.

Vzbgm. Eisenrauch: Es hätte wirklich nicht des Initiativantrages der Freiheitlichen Fraktion bedurft, um etwas bezüglich Sanierung des Ledererturms zu unternehmen. Es hat sich aber leider diesbezüglich bei mir oder in der Kulturverwaltung niemand erkundigt. Wir sind schon seit Sommer vorigen Jahres daran, verschiedene Kosten zu erheben und verschiedene Schritte einleiten zu können, damit jetzt einmal der Ledererturm außen saniert werden kann, dass er eine schöne neue Farbe erhalten kann, dass eine Ausbesserung der Mauern möglich ist und eine Ausbesserung der Fenster bzw. der Fensterläden. Wir haben schon seit langem das Einvernehmen mit unserem Finanzreferenten hergestellt, damit die Sanierungsarbeiten gemacht werden können, und zwar über die im Budget angesetzten Mittel hinausgehend.

In ihrem Antrag steht die Außensanierung, wir haben allerdings auch schon Konzepte für die Innenausstattung, worüber noch zu diskutieren ist. Es sind mehrere Konzepte bei uns eingelangt und wir müssen uns auf ein ordentliches Konzept gemeinsam mit dem Stadtmarketing einigen.

Bereits in der Karwoche wird mit den Außenarbeiten begonnen und ich nehme an, dass dies die gesamte Bevölkerung danken wird. Dies aber nicht nur deshalb, weil sie heute diesen Initiativantrag einbrachten, sondern weil wir schon lange an dieser Sache arbeiten.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte mich bei der Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch anschließen. Es ist ja so, dass Beobachter der Medienszene schon vor ein paar Monaten lesen konnten, dass der Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeisterin bereits einen Auftrag dahingehend erteilten, eine Sanierung zur Erhaltung des Ledererturms durchzuführen. Parallel dazu wurde im Kulturbeirat und von verschiedenen Experten darüber diskutiert, was man letztlich mit dem Ledererturm machen könne. Eine Horuck-Sanierung, wie sie in diesem Antrag verlangt wird, bringt uns ja nicht wirklich weiter, wenn es auch darum geht, was wir künftig mit dem Ledererturm machen wollen. Also: Ja zur Erhaltung des Ledererturms als Wahrzeichen, ja zur alten Bausubstanz in unserer Stadt, aber bitte mit einer entsprechender Nutzung.

Somit denke ich, dass im Sommer die angekündigten Ausbesserungsarbeiten durchgeführt werden und in der Zwischenzeit wird es auch dazu kommen, dass wir wissen, was wir mit dem Ledererturm mittel- oder langfristig machen können. Wenn das alles feststeht, wird auch ein bestimmter Geldaufwand notwendig sein.

Wenn wir eine allgemeine Zugänglichkeit des Ledererturms erreichen wollen, werden wir den gesamten Eingangsbereich – sie haben das zuerst angesprochen, Herr Vizebürgermeister – sanieren müssen und wir werden uns etwas überlegen müssen, damit auch gehbehinderte Personen den Ledererturm besuchen können. Da werden sicher größere Würfe notwendig sein, um solche Dinge umsetzen zu können.

Ja zum Ledererturm, aber nein zu diesem Nachhüpfen bei diversen Dingen. Darum sind wir auch dafür, dass die bestmögliche Generalsanierung durchgeführt wird und so werden wir sowohl den Abänderungsantrag als auch den Hauptantrag unterstützen, wofür sich ja schon eine Gemeinsamkeit der Unterstützung abzeichnet.

StR. Dr. Rabl: Zur Klarstellung Folgendes: Der Ledererturm wurde vor mehr als 30 Jahren zum letzten Mal saniert. Und dass der Ledererturm nicht in bestem Zustand ist, dafür braucht man kein Fachexperte zu sein. Da befinden sich faustgroße Löcher in den Scheiben und überall ist alles mit Moos bewachsen. Die Kaufmannschaft jammert ebenfalls darüber, dass alles so heruntergekommen ist. Und da weiß man, es ist Zeit für eine Sanierung.

Bedenkt man zusätzlich, dass im April das Welios eröffnet wird, nämlich als der künftige Werbeträger der Stadt Wels, als Event in Form einer Dauerausstellung, dann weiß man auch, dass der Ledererturm das Wahrzeichen ist, welches die Leute in die Stadt locken soll. Und dass dieses Wahrzeichen so heruntergekommen ist, das ist aus meiner Sicht nicht unbedingt notwendig.

Nun heißt es, dass es schon seit Sommer 2010 Sanierungskonzepte gibt, was etwas Wunderbares ist. Da geht mein Dank natürlich sowohl an den Bürgermeister als auch an Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch, nur müssen wir Freiheitliche leider auch festhalten, dass wir bei diesen Arbeiten oder Diskussionen nicht eingebunden sind. Man hat uns darüber nicht einmal etwas gesagt und deswegen ist man doch einigermaßen überrascht, wenn man hört, was so sein soll oder was bisher unternommen wurde. Sieht man sich die Budgets an – diese stellen ja doch etwas dar, aus dem man einigermaßen entnehmen kann, was so in den nächsten Jahren in Wels passiert bzw. wofür Geld ausgegeben wird, dann sieht man, dass im Jahr 2011 € 10.000,- für die Innensanierung – bitte wohl gemerkt, für die Innensanierung – vorgesehen sind und aber dem nächsten Jahr nur mehr sehr wenig. Und deshalb sagte ich schon gegenüber der Öffentlichkeit, dass wir jetzt eine Außensanierung brauchen. Das hat nichts mit Pusch, Husch oder sonst irgendetwas zu tun, sondern vielmehr damit, dass wir die Sache überhaupt einmal angehen wollen. Und offensichtlich hat unser Gang an die Öffentlichkeit gleich einen Effekt gezeitigt, denn die Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch hat daraufhin über die OÖ Nachrichten angekündigt, dass während der Karwoche gefärbelt wird. Ich bin neugierig, ob das wirklich stattfinden wird, denn so wie es jetzt aussieht, ist das so etwas wie eine Kleinversion, weil tatsächlich nur die Durchgänge hergerichtet werden. Ich darf mich also überraschen lassen. Es ist durchaus schön, wenn es für die Allgemeinheit gut ist.

Ich bin froh, dass dieses Projekt endlich in Angriff genommen wird, und zwar mit Vollampf. Und dafür muss Geld vorhanden sein. Ich habe mir von der Baudirektion ausrechnen lassen, wie hoch denn der Mittelbedarf für eine Gesamtsanierung ist. Dieser liegt ungefähr bei 100.000 Euro und das ist nicht so viel Geld, dass man sich 30 Jahre für eine weitere Sanierung Zeit lassen musste, noch dazu wenn man sich überlegt, wofür sonst noch in Wels 100.000 Euro ausgegeben werden.

Jedenfalls bin ich froh darüber, wenn jetzt endlich Bewegung in die Sache kommt. Wenn dafür dieser Antrag gut war, ist es wunderbar. Ob das jetzt bestmöglichst oder schnellstmöglichst erfolgen soll, das ist für mich eine reine Wortklauberei. Offensichtlich will man keinem freiheitlichen Antrag zustimmen, ohne dass noch irgendwer anderer noch seinen Senf dazugeben kann. Aber damit können wir gut leben, denn gut ist, dass etwas in Bewegung gekommen ist, dass sich etwas verändert und wenn das so weiter geht, bin ich zuversichtlich, dass wir auf diese Art und Weise noch sehr viele Projekte sehr rasch umsetzen können.

Bgm. Dr. Koits: Der Ordnung halber möchte ich festhalten, dass es mit dieser doch ziemlich geringen Summe nur möglich ist, eine Färbelung im Außenbereich durchzuführen. Die Kollegin Eisenrauch und ich waren uns aber immer darin einig, dass wir vor weiteren Maßnahmen ein Gesamtnutzungskonzept brauchen, denn es ist doch auch sehr wichtig zu wissen, was innen aus diesem Turm wird. Ansonsten – ohne entsprechendes Innenleben – würde ja der Turm bei allem anderen, was wir so tun, in Einsamkeit dastehen.

GR. Zaubmüller: Ich darf beim Herrn Stadtrat anschließen: Den Senf gebe ich zu den Würsteln dazu, aber nicht zu einer Debatte im Gemeinderat. Du weißt schon, wie ich das meine.

Der Ledererturm – sie wundern sich bestimmt nicht darüber, dass ich mich hiezu zu Wort melde, denn der Ledererturm ist nicht nur für mich sehr wichtig, sondern für die

gesamte ÖVP-Fraktion – ist mit einer Maßnahme verbunden, für die wir uns schon bei der Budgetdebatte 2010, ohne jetzt einen Vaterschaftsstreit vom Zaun brechen zu wollen, sehr intensiv ausgesprochen haben. Wir haben uns demnach sehr intensiv für eine Generalsanierung des Ledererturms eingesetzt und dahinter stehen wir selbstverständlich noch immer. Umso mehr freut es mich, dass jetzt offensichtlich alle im Stadtparlament vertretenen Parteien diese Wichtigkeit erkannten und dass, vielleicht von ein paar Details abgesehen, große Einigkeit darüber herrscht, dass unser Wahrzeichen, der Ledererturm, generalsaniert gehörte. Das sollte möglichst rasch vonstatten gehen, das sollte möglichst etwas Gescheites werden und wir sollten alle sehr viel davon haben.

Ich wollte bei diesen 96.000 Euro Gesamtsanierungskosten einsteigen, Herr Bürgermeister, denn in der Begründung für diesen Antrag spricht die Freiheitliche Partei von einem derartigen Betrag. Ich kann nur sagen, dass mir ein solcher Betrag doch viel zu kurz gegriffen erschiene. Ich würde mich sehr freuen, könnte das mit solch einem relativ niedrigen Betrag abgewickelt werden, allein mir fehlt der Glaube.

Wofür stehen wir? Wir stehen für eine Generalsanierung des Ledererturms, allerdings verbunden mit einem entsprechenden Nutzungskonzept, denn nur ein mittel- bis langfristiges Nutzungskonzept stellt sicher, dass der Ledererturm wieder zu dem genutzten Wahrzeichen wird, wie wir dieses gerne sehen möchten. Das heißt also: Nur wenn uns das Ziel klar ist, ergibt sich auch der richtige Weg. Eine Einbindung in Kunst, Kultur und Stadtgeschichte würde mir persönlich sehr gut gefallen.

Also: Keine Hektik, keine übertriebene Eile, sondern ein klares, strukturiertes Überlegen, ein ordentliches Planen und die Einbindung des Bundesdenkmalamtes sollte man ebenfalls nicht übersehen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Trotz all der Beteuerungen dahingehend, dass eh schon alles passiert ist oder in die Wege geleitet wurde, muss ich festhalten, dass bisher keine entsprechenden Beschlüsse gefasst wurden, weder im Gemeinderat noch sonst irgendwo.

Herr Reindl-Schwaighofer! Fassen sie es doch einfach als Unterstützung auf, wenn wir bei diesen Themen ihnen und anderen etwas auf die Sprünge helfen. Es ist doch schön, wenn letztlich ein Gemeinderatsbeschluss für etwas zustande kommt, das wirklich allen am Herzen liegt. Soweit ich informiert bin – was ich von der Kulturabteilung hörte – gibt es ja schon ein sehr schönes Konzept und teilweise ist im Turm selbst schon etwas geschehen. So wurden bereits sehr schöne Helebarden ausgestellt, wie ich das letzte Mal sehen konnte.

Wichtig ist meines Erachtens, dass einmal die Zugänglichkeit hergestellt ist und Stadtführungen auch durch den Ledererturm erfolgen können. Es sollte Sitzgelegenheiten etwa für die Abhaltung kürzerer Vorträge geben oder es sollten damit kleinere Veranstaltungen möglich werden. Die Fenster sollten ebenfalls saniert werden, denn die fallen schon bald heraus. Wenn also auf diese Art und Weise viele Menschen den Ledererturm nützen können, dann ist eigentlich meines Erachtens nach schon das meiste erreicht.

Wenn vielleicht heuer noch dieses Geld kommt – diese 96.000 Euro wären schon ein schöner Anfang oder eine ganz schöne Summe – dann nehme ich an, dass das alle freut.



Ich bin auch irgendwo froh darüber, dass die ÖVP mit ihrem Abänderungsantrag unseren Initiativantrag irgendwie qualitativ verbesserte, indem im Antrag selbst das Wort „schnellstmöglich“ durch das Wort „bestmöglich“ ersetzt werden soll. Im letzten Satz der Begründung steht dann, offenbar von euch akzeptiert, noch einmal das Wort „schnellstmöglich“. Wenn also jetzt zugestimmt wird, egal welchem Antrag, dann wird der Ledererturm jedenfalls in aller Kürze schnellstmöglich und bestmöglich saniert.

Die Abstimmungen zu Punkt 10. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 11) der ÖVP-Fraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag bzw. Initiativantrag selbst (Anlage 10) wird ebenfalls

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

11.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Tarifordnung für die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen (Tarifordnung  
für die öffentlichen Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2011)  
KI-KiV-207-2011

Bgm. Dr. Koits bringt vorweg den von Vzbgm. Eisenrauch und GR. Reindl-Schwaighofer eingebrachten Abänderungsantrag (Anlage 13) zur Kenntnis.

Vzbgm. Eisenrauch referiert sodann zum Hauptantrag bzw. zur Indexanpassung laut Abänderungsantrag.

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 03.03.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Tarifordnung für die öffentlichen Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2011 beschließen.

Die Abstimmungen zu Punkt 11. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 13) wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag selbst (Anlage 12) wird ebenfalls

einstimmig angenommen.

12.)

Oö. Hilfswerk Wels;  
Betrieb einer privaten Kinderbetreuungseinrichtung im Dragonerhof;  
Gewährung einer Subvention für die Erstausrüstung des  
Kindergartens und der Krabbelstube  
KI-KiV-204-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 03.03.2011:

Dem Oö. Hilfswerk Wels wird für die Erstausrüstung für den Kindergarten und die Krabbelstube im Dragonerhof, Wels, Dragonerstraße 44, eine einmalige Subvention in Höhe von € 77.500,-- gewährt.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Subvention ist durch Vorlage von Rechnungen bis Februar 2012 zu erbringen.

Entsprechend den haushaltsrechtlichen Festlegungen zum Voranschlag werden Subventionen in jeweils zwei gleichen Teilbeträgen (1. Rate ab 01.03. und 2. Rate ab 01.08.2011) ausbezahlt.

GR. Josseck-Herdt: Wir Freiheitliche haben uns im Ausschuss der Stimme enthalten, und zwar deshalb, weil uns der Standort dieses Betreuungsinstitutes nicht schlüssig war. Schaut man sich die Sache am Stadtplan an, sieht man, dass gerade dieses Gebiet mit Kinderbetreuungseinrichtungen sehr gut ausgestattet ist. Denken sie beispielsweise daran, dass sich in nordwestlicher Richtung, auf der anderen Seite der Bahn, der Kindergarten Wimpassing befindet und westlich von dem zu beschließenden Standort Dragonerhof befindet sich der Lichtenegger Kindergarten. Dann haben wir südwestlich die Kinderkrippe und den Kindergarten im Gründerzentrum und der Kindergarten Herminenhof liegt auch nicht sehr weit entfernt. Unserer Meinung nach wäre es also viel sinnvoller, Kinderkrippen in den Gebieten zu situieren, in denen sie auch dringend gebraucht werden, sozusagen in den Ballungszentren, also dort, wo junge Familien wohnen und kleine Kinder auf die Welt kommen.

Irgendwie hat das Ganze einen Geruch bekommen, einen kleinen Beigeschmack, denn es sieht so aus, als hätte die WAG, die Wohnungsanlagengesellschaft, welche unbe-

stritten der ÖVP nahesteht, einen Mieter gesucht und diesen im Oö. Hilfswerk rasch gefunden, das ebenfalls unbestritten zur ÖVP gehört. Diese Dinge sind halt offensichtlich und die Frau Vizebürgermeisterin hat das auch gar nicht abgestritten. Vielmehr gab sie zur Auskunft, dass sie bei irgendeiner Gelegenheit ein Verantwortlicher von der WAG fragte, ob sie nicht irgendeine Idee hätte und dann wurde eben diese Idee geboren.

Nun wissen wir natürlich, dass es in Wels einen großen Bedarf an Kinderkrippenplätzen gibt, was meiner Meinung nach ein Versäumnis der Stadt bzw. der früheren Referentin darstellt. Wir werden demnach angesichts der prekären Situation heute zustimmen, weil es wäre nicht einfach, vor junge Mütter treten und ihnen erklären zu müssen, warum sie ihre Kinder nicht in einer Krippe betreuen lassen können. Nur, liebe Anni Eisenrauch, vielleicht hast du dieses Projekt schon in Arbeit oder in der Schublade und ich frage dich, wie du dir die Zukunft vorstellst. Werden wir als Stadt künftig nur mehr parteinahe Vereine, sprich Kinderfreunde auf der einen Seite und Hilfswerk auf der anderen Seite, mit der Errichtung von Krabbelstuben betrauen oder nimmt die Stadt endlich einmal die Verantwortung wahr und kümmert sich um diesen Bereich?

Vzbgm. Eisenrauch: Da ist einiges richtigzustellen. Erstens ist die WAG keine Wohnungsgenossenschaft, die der ÖVP nahesteht. Zweitens stellt sich die Frage, ob es leicht verboten ist, darüber nachzudenken, wo man solch eine Einrichtung installieren könnte. Und drittens stimmt es nicht, dass nur die Kinderfreunde und das Hilfswerk über solche Betreuungseinrichtungen in Wels verfügen. Da gibt es beispielsweise die Pfarrcaritas, die in der Stadtmitte einen Kindergarten mit Krabbelstube hat und auch in Lichtenegg. Dann gibt es die Kreuzschwestern in der Stefan-Fadinger-Straße, die Franziskanerinnen beim nächsten Tagesordnungspunkt und die Stadt Wels hat selbst auch ihre Kindergärten und Krabbelstuben. Somit ist es nicht so, als ob sich zwei Organisationen allein die Kinderbetreuung in der Stadt Wels aufteilen würden. Zusätzlich möchte ich auch noch die Tagesmütter anführen, die ebenfalls im Bereich der Kinderbetreuung tätig sind. Man möge es also nicht so hinstellen, als gäbe es nur die Kinderfreunde und das Oberösterreichische Hilfswerk.

Andererseits ist es doch auch so, dass man dann, wenn etablierte Einrichtungen eine gute Arbeit verrichten, diesen Einrichtungen wieder etwas zugesteht. Und der Bedarf an Krabbelstuben ist in unserer Stadt sehr wohl gegeben. Wenn es dann vielleicht auch noch um die Erreichbarkeit dieser Einrichtungen geht, ist eigentlich die Dragonerstraße ein guter Ort für solch eine Einrichtung, denn das ist nun einmal eine große Einfahrtsstraße in Richtung Zentrum und da können die Kinder relativ leicht im Dragonerhof abgegeben werden.

Bgm. Dr. Koits: Vielleicht kann ich noch mit einem Satz zur Aufklärung beitragen, denn das Ganze hat auch einen finanziellen Hintergrund. Errichtet nämlich die Stadt selbst eine Krabbelstube, ist höchstens eine Förderung im Ausmaß von 8 bis 10 Prozent der Errichtungskosten zu erwarten, errichtet aber ein privater Träger eine Krabbelstube, ist eine Drittelteilung maßgeblich. Das bedeutet also, dass man auch solche Überlegungen einbeziehen muss, wenn man einen Betreiber oder einen Standort sucht.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

13.)

Franziskanerinnen von Vöcklabruck, Wels, Vogelweiderstraße 2 – 4;  
Neubau eines Kindergartens und einer Krabbelstube;  
Gewährung einer Subvention  
KI-KiV-204-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 03.03.2011:

Den Franziskanerinnen von Vöcklabruck wird für den Neubau eines Kindergartens und einer Krabbelstube in Wels, Schubertstraße, eine einmalige Förderung in Höhe von € 450.000,-- gewährt. Dieser Betrag stellt ein Drittel der gesamten Baukosten, an denen sich das Land Oö. ebenfalls mit zwei Dritteln beteiligt, dar. Bei Reduzierung der Kosten wird auch der Anteil der Stadt Wels entsprechend aliquotiert.

Die Subvention wird in zwei gleichen Teilbeträgen ausbezahlt, wobei die 1. Rate sofort nach erfolgter Beschlussfassung, die 2. Rate ab 01.08.2011 zur Auszahlung gelangt.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Subvention ist durch Vorlage von Kostenbelegen bis Februar 2012 zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Fachhochschule;  
Verlängerung der Fördervereinbarung mit der OÖ Studienbetrieb GmbH,  
Wels, Franz-Fritsch-Straße 1  
FD-BetM-12-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 03.03.2011:

Dem Abschluss des gegenständlichen Fördervertrages (Anlage 14) zur Finanzierung des Studienbetriebes der Fachhochschul-Studiengänge in Wels von 01.10.2010 bis 30.09.2015 (Ende des Schuljahres 2014/2015) wird zugestimmt.

GR. Haböck: Ich bin sehr froh, dass diese neue Fördervereinbarung zustande kommt. Die Fachhochschule ist ja für Wels von enormer Bedeutung, und zwar nicht nur deshalb, weil junge Menschen die Stadt beleben, in der Stadt wohnen, sondern weil es mittlerweile meines Wissens nach schon 1.500 Studentinnen und Studenten sind, welche die Fachhochschule besuchen und weil es sich nach Studienabschluss um hochqualifizierte Bürgerinnen und Bürger handelt, die für die Stadt Wels, welche sich ja als Forschungs- und Bildungsstandort positionieren will, enorm wichtig und unverzichtbar sind. Und gerade die Fachhochschule Wels ist spezialisiert auf hochinteressante Bereiche, etwa in der Ökologietechnik, in der Umwelttechnik, im Metallbau usw. Diese

Sparten sind es, die für diverse Betriebe in Wels – ich glaube, ich brauche die betreffenden Firmen gar nicht aufzählen – enorm wichtig sind. Wir müssen als Stadt schauen, dass sich Betriebe ansiedeln, aber für diese ist nicht nur eine gute Infrastruktur von Bedeutung, sondern auch eine „Brainpower human resource“, das heißt, wir brauchen hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

So ist es eben wichtig, dass die Stadt Wels bzw. die Gemeinderatsfraktionen geschlossen hinter dieser Vereinbarung zur Fachhochschule Wels stehen. Wir stimmen jedenfalls diesem Antrag zu.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte noch verstärken, was Gemeinderat Haböck sagte. Wir sind nämlich als Stadt Wels mittlerweile ein ganz wichtiger Bildungsstandort in Oberösterreich und in den technischen Bereichen möchte ich diese hervorragende Stellung auf ganz Österreich erweitern.

Wir leben in einem sehr dynamischen Wirtschaftsraum und die Frage der Fachkräfte wird auch eine besonders wichtige Frage in Zukunft hinsichtlich der Entwicklung der Industrie- und Gewerbebetriebe in unserer Region sein. Darum ist es auch so wichtig, dass wir als Stadt oder wir als Gemeinderatsfraktionen dahinterstehen und ich denke mir, dass es wichtig für die Fachhochschule sein wird, dass wir immer wieder eine begleitende Funktion einnehmen. Dieser finanzielle Beitrag der Stadt Wels ist ja nicht gerade gering und ich möchte schon daran erinnern, dass es kaum einen Vertrag mit dem Land Oberösterreich gibt, in welchem eine Indexpassung enthalten ist, das heißt, wir lassen uns, salopp gesagt, schon ziemlich weit aus dem Fenster hinaus. Mit ist jedenfalls kein Vertrag mit dem Land Oberösterreich bekannt, bei welchem es umgekehrt laufen würde, also dass wir eine automatische Anpassung bekämen.

Nun möchte ich noch zu einem zweiten Punkt kommen und sie alle aufrufen, dass sie mit uns gemeinsam den Bildungsstandort Wels stärker aufwerten. Ich weiß gar nicht, ob sie alle die Entwicklung in diesem Bereich innerhalb der letzten Jahre kennen, aber ich darf jedenfalls erwähnen, dass seit einigen Jahren die Sponsionsfeiern für Studenten, die an der Fachhochschule in Wels studierten, in Linz stattfanden. Ich denke aber, dass wir alle entsprechend unseren Möglichkeiten darauf einwirken sollten, dass diese Sponsionsfeiern wieder in Wels stattfinden. Diese Feiern bedeuteten früher eine volle Stadthalle, denn neben den Studierenden haben auch viele Eltern und Firmenangehörige nach Wels gefunden – auch Unternehmer, die noch studierten – und wenn wir uns heute das Welios ansahen, glaube ich, dass wir grundsätzlich alle Initiativen ergreifen sollten, um die Frequenz in unserer Stadt zu erhöhen. Das ist also ein Aufruf, auch in dieser Sache gemeinsam zu agieren.

Vzbgm. Eisenrauch: Ich danke vielmals für die positiven Wortmeldungen, welche die Notwendigkeit der Verlängerung der Fördervereinbarung unterstrichen haben. Dazu ist allerdings noch zu sagen, dass nicht nur die Stadt Wels den Vertrag inklusive Indexanpassung unterschreiben wird, sondern dass dies auch die Städte Linz und Steyr tun.

Natürlich wäre es eine schöne Sache, würden die Diplomverleihungen wieder in Wels stattfinden. Da könnten sicher mehr Personen dabei sein, auch mehr Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat. Wir werden schauen, was zu machen ist; vielleicht bringen wir diese Sponsionsfeiern wieder nach Wels.

Ich danke für die gute Zusammenarbeit und die positiven Wortmeldungen.

Bgm. Dr. Koits: Diese vom Kollegen Reindl-Schwaighofer geäußerte Anregung werden wir beim nächsten Gespräch mit der für die Fachhochschulen zuständigen Landesrätin wieder deponieren. Wir haben das schon früher einmal getan.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

15.)

Landesstraßen im Stadtgebiet von Wels;  
Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land Oberösterreich, Landesstraßenverwaltung,  
über Erhaltungstätigkeiten an Landesstraßen  
BauD-BauS-48-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 15.03.2011:

Die als Anlage 15 beigefügte Vereinbarung über die Erhaltungstätigkeiten an Landesstraßen im Stadtgebiet von Wels, abgeschlossen zwischen dem Land Oö., Amt der Oö. Landesregierung, Landesstraßenverwaltung, und der Stadt Wels, wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

16.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;  
Tätigkeitsbericht 2010  
SB-Fw-9-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 15.03.2011:

1. Der als Anlage 16 beiliegende Jahresbericht 2010 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahre 2010 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

StR. Kroiß: Gestatten sie mir, dass ich alle vier Tagesordnungspunkte zusammenfasse, die mit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels, der Betriebsfeuerwehr Fritsch, der Betriebsfeuerwehr EuroSTOP – deren Tätigkeit ist zur Zeit ruhendgestellt – und der Betriebsfeuerwehr AVE zu tun haben.

Ich darf mich also bei allen vier Feuerwehren für ihren Einsatz bedanken. Egal, ob es sich um die Betriebsfeuerwehren oder um die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels handelt, sie alle leisten einen wertvollen Beitrag für die Sicherheit in unserer Stadt. Die Betriebsfeuerwehren sind auch deswegen als wertvolle Unterstützung anzusehen, weil sie ja in ihrem jeweiligen Bereich gleich vor Ort sind und sofort mit der Brandbekämpfung bzw. sonstigen Maßnahmen beginnen können. Damit ist es unter Umständen sogar möglich, dass Ausfahrten der städtischen Feuerwehr vermieden werden können.

Speziell möchte ich mich bei der Betriebsfeuerwehr Fritsch bedanken, weil sie nicht nur ihren eigenen Betriebsbereich sicherer macht, sondern auch ausfährt, um die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels zu unterstützen.

Aus den Tätigkeitsberichten ist zu ersehen, dass das Jahr 2010 wieder ein sehr arbeitsintensives gewesen ist. Neben den verschiedenen Brandeinsätzen ist gerade die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels immer Retter in der Not bei technischen Hilfeinsätzen, bei Sturmschäden, Überschwemmungen und vielem mehr.

Das heurige Jahr wurde seitens der EU zum „Jahr der Freiwilligkeit“ erklärt und es wurden und werden verstärkt Aktionen getätigt, um freiwillige Mitarbeiter gewinnen zu können. Das Schönste ist aber – ich sagte das schon anlässlich der durchgeführten Jahreshauptversammlung – dass besonders die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr schon seit langem erkannt haben, wie wichtig es ist, dass sie ihre wertvolle Zeit freiwillig in den Dienst der guten Sache stellen und somit aktiv bei der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels mitarbeiten. Ich möchte mich deshalb nochmals ausdrücklich bei allen freiwilligen Feuerwehrmännern, aber auch bei den Frauen für ihren Einsatz und ihre geleistete Arbeit bedanken. Ich hoffe, dass sie der Feuerwehr noch lange treu bleiben.

Mein Dank gilt aber auch den hauptamtlichen Feuerwehrmännern. Es hat sich gezeigt, dass die beiden Säulen, die aus Freiwilligkeit und Hauptamtlichkeit bestehen, nur dann richtig funktionieren, wenn die beiden Säulen sozusagen als Team agieren.

Unser Branddirektor Ing. Franz Humer ist mittlerweile auch bei uns. Ich darf ihm bei dieser Gelegenheit ganz herzlich zu seinem 50. Geburtstag gratulieren, den er genau heute feiert. Ich gratuliere also recht herzlich und wünsche ihm noch weitere 50 Jahre bei der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels.  
(Starker Applaus!)

Franz Humer hat schon lange erkannt, dass das wichtigste Kapital der Feuerwehr der Mensch ist und dass dieser bei all der wichtigen Tätigkeit im Mittelpunkt steht. Er hat schon Jahre vor dem heutigen Jahr der Freiwilligkeit Aktivitäten in der Richtung gesetzt, dass der Nachwuchs zur Feuerwehr kommt. Er weiß ganz einfach, dass jene, die morgen als Retter fungieren sollen, schon heute gesucht werden. Wünschen wir also ihm und uns, dass im Jahr der Freiwilligkeit wieder genug Menschen zur Jugend bzw. zur Feuerwehr kommen und wir uns in Krisensituationen gemeinsam auf diese verlassen können.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch dem Herrn Referenten für seinen persönlichen Einsatz im Rahmen der Feuerwehr danken. Man merkt und spürt ja allgemein, dass er voll mit dem Herzen dabei ist.

GR. Zittmayr-Hacker: Wie sie mit dem Tätigkeitsbericht 2010 der Feuerwehren entnehmen können, steht für die erbrachten Leistungen durch alle Feuerwehren eine große Anerkennung zu. Ich darf somit an dieser Stelle im Namen der ÖVP Wels einen speziellen Dank sowohl an die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels als auch an die Betriebsfeuerwehren Fritsch, EuroSTOP und AVE aussprechen. Besonders im Jahr des Ehrenamtes sagen wir danke für die unzähligen geleisteten Stunden bei Einsätzen, bei Ausbildungen, Übungen und bei der Jugendarbeit. Es ist nicht selbstverständlich, sich Tag für Tag selbstlos für die Gemeinschaft einzusetzen. Der Schutz des Lebens und der Gesundheit der Menschen in unserer Stadt ist ihre oberste Prämisse. Alle Bereiche des Feuerwehrwesens müssen daher tadellos funktionieren, damit die hohe Schutzfunktion für die Bevölkerung Tag und Nacht gewährleistet ist.

Die Feuerwehr zeichnet sich durch ihren Einsatz, durch Qualität, Effizienz und Raschheit so aus, dass die Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen gewahrt bleibt, Sachschäden weitgehend minimiert werden und der Welser Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit im täglichen Leben gegeben wird. Ich möchte die Leistungen jeder Feuerwehrfrau und jedes Feuerwehrmannes hervorheben, welche ja durch ihren persönlichen Einsatz unser aller Leben schützen und vielen Bürgern aus scheinbar aussichtslosen Situationen helfen, ja sogar unter Einsatz ihres Lebens das Leben anderer retten.

Dir, lieber Franz Humer, möchten wir Dank sagen für deine hervorragenden Leistungen. Zu deinem heutigen Ehrentag, zu deinem Geburtstag, zu deinem runden Geburtstag, zu deinem 50. Geburtstag wünschen wir dir alles erdenklich Gute, viel Glück, Zufriedenheit und vor allem Gesundheit.

Mit einem kleinen Präsent verbinden wir die Worte: Ehre, wem Ehre gebührt!

GR. Leitner: Die Freiwillige Feuerwehr Wels und die Welser Betriebsfeuerwehren haben umfangreiche Tätigkeitsberichte vorgelegt. Diese umfassen verschiedenste Zahlen, darunter auch rund 2.300 Alarmierungen. Davon betrafen über 800 Alarmierungen technische Einsätze. In dieser Zeit gab es in Wels rund 160 Brände, aber ganz besonders wichtig ist, dass die Freiwillige Feuerwehr Wels und die Betriebsfeuerwehren im Jahr 2010 rund 190 Menschen retteten bzw. befreiten. Auch Tiere werden immer wieder befreit.

Ich bedanke mich, werter Kommandant, bei dir und deinen Mitstreitern für diese geleistete Arbeit. Es ist aber bei dieser wichtigen und verantwortungsvollen Tätigkeit auch sehr wichtig, dass es zu keinen Unfällen kommt. Und ich wünsche dir und deinen Mitstreitern auch in dieser Hinsicht alles Gute für die Zukunft.

Wir haben ja im Zuge der Jahreshauptversammlung auch das Drumherum der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels näher kennengelernt und ich muss sagen, dass wir einen sehr interessanten Tätigkeitsbericht bekamen. Es zeigte sich, dass die Feuerwehr nicht nur eine Organisation ist, die rasch vor Ort ist, sondern dass deren Angehörige mit viel Herz und Engagement dabei sind.



Ich habe mich bei dieser Jahreshauptversammlung ganz besonders darüber gefreut, wieder bei einigen Angelobungen dabei sein zu können. Gerade im Jahr der Freiwilligkeit ist es ja ein ganz besonders wichtiger Punkt, immer wieder Menschen zu finden, die dazu bereit sind, für unsere Stadt, für unsere Bevölkerung mitzuarbeiten.

In diesem Sinne sage ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion nochmals einen herzlichen Dank und für die Zukunft wünsche ich ein unfallfreies Jahr. Und dir darf ich natürlich zu deinem Geburtstag alles Gute wünschen.

StR. Kroiß: Ich möchte mich für alle positiven Wortmeldungen bedanken. Es freut mich als Referent ganz besonders, dass die Feuerwehr in Wels so eine tatkräftige und schlagkräftige Truppe darstellt. Und wenn ich jetzt die Worte von der Frau Kollegin Zittmayr-Hacker hörte, weiß ich, warum sehr viele junge fesche Männer zur Feuerwehr gehen, denn sie hat so richtig aus dem Herzen gesprochen.

Bgm. Dr. Koits: Ich wünsche der Freiwilligen Feuerwehr Wels, aber auch den anderen Feuerwehren recht viel Zulauf. Insbesondere denke ich mir, dass bei der Zahl der Damen eine entsprechende Zunahme recht erfreulich wäre.

Ansonsten schließe ich mich natürlich den Dankesworten an. Bereits letzten Samstag hatte ich die Gelegenheit, dem Feuerwehrkommandanten Humer zu gratulieren.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

17.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;  
Tätigkeitsbericht 2010  
SB-Fw-10-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 15.03.2011:

1. Der als Anlage 17 beiliegende Jahresbericht 2010 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahre 2010 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Betriebsfeuerwehr EuroSTOP, Wels, Gunskirchener Straße 19;  
Tätigkeitsbericht 2010  
SB-Fw-11-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 15.03.2011:

1. Der als Anlage 18 beiliegende Jahresbericht 2010 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr EuroSTOP wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr EuroSTOP wird für ihre Leistungen im Jahre 2010 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

19.)

Betriebsfeuerwehr AVE, Wels, Mitterhoferstraße 100;  
Tätigkeitsbericht 2010  
SB-Fw-12-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 15.03.2011:

1. Der als Anlage 19 beiliegende Jahresbericht 2010 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr AVE wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr AVE wird für ihre Leistungen im Jahre 2010 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

20.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Vollziehung des Bettelverbotes durch die Ordnungswache  
(Oö. Polizeistrafgesetz-Novelle 2011)  
DI-Verf-075-2011

StR. Kroiß: Unter diesem Punkt geht es um die Vollziehung des neu beschlossenen Bettelverbotes.

Meine Damen und Herren! Mit Beschluss des Oö. Landtages wurden nun das aufdringliche oder aggressive Betteln, alle Formen des organisierten Bettelns sowie der Einsatz von unmündigen Minderjährigen zum Betteln als Verwaltungsübertretung qualifiziert und unter Strafe gestellt.

Die Kontrolle und Einhaltung des Bettelverbotes fällt in die Zuständigkeit der Gemeinden. Um hier eine sinnvolle Kontrolle durchführen zu können, soll die städtische Ordnungswache das Recht erhalten, Personalien aufzunehmen und Bettelerlöse beschlagnahmen zu können. Und was noch ganz wichtig ist: Die Ordnungswachen haben vom Gesetz her das Recht, Personen von öffentlichen Orten wegzuweisen. Damit wurde eine ganz klare rechtliche Grundlage geschaffen und das Einschreiten ist auch für die Ordnungswache laut diesem Gesetz ganz genau definiert.

Die Welser Freiheitlichen begrüßen ausdrücklich diese Novelle zum Polizeistrafgesetz und wir sind für diese Kompetenzerweiterung der Welser Ordnungswache. Diese neuen Kompetenzen sind ganz einfach wichtig, um gemeinsam mit der Polizei dem Bettlerunwesen ein Ende setzen zu können.

Wir sagen es immer wieder: Es geht uns nicht um die ortsansässigen Bettler, die ab und zu in der Fußgeherzone sitzen und betteln, sondern es geht uns vielmehr um organisierte Bettlerbanden, die bei uns ausschwärmen und versuchen, möglichst viel Geld zu erbetteln, wobei das erbetelte Geld am wenigsten jenen zugute kommt, die hier sitzen oder knien und ihre Behinderungen zur Schau stellen müssen.

Es ist mir unverständlich, wenn ich den Medien bereits entnehmen konnte, dass sowohl die Welser SPÖ als auch die GRÜNEN das Bettelverbot überhaupt ablehnen und der Ordnungswache diese Kompetenzerweiterung verweigern wollen. Wir geben doch sehr viel Geld für diese Ordnungswache aus und es wäre mehr als kontraproduktiv, würde man die Bedürfnisse der Welser Bevölkerung negieren und der Ordnungswache die notwendige Kompetenz verweigern. Umso unverständlicher erschiene das, weil diese Weigerung auf nicht gerade guten Füßen aufgestellt wäre.

Wir stellen daher den Antrag, den Aufgabenkatalog der Ordnungswache so abzuändern, dass eine Mitwirkung an der Vollziehung der Polizeistrafgesetz-Novelle möglich ist. Gleichzeitig ersuchen wir den Herrn Bürgermeister Dr. Peter Koits, schon jetzt die notwendigen Schritte zur Umsetzung, sprich Änderung des Aufgabenkataloges, einzuleiten und zu veranlassen, dass die Mitarbeiter rechtzeitig darauf eingeschult werden. Das sollte bereits jetzt in Angriff genommen werden, damit dann, wenn diese zwei-monatige Frist vorbei ist, die Ordnungswache tatsächlich einschreiten kann.

GR. Bauer: Das Thema Bettelverbot beschäftigte uns im Gemeinderat schon mehrmals. Wir traten immer dafür ein, dass es kein Bettelverbot geben sollte, dass Bettler nicht kriminalisiert, vertrieben und bestraft werden. Und wir sind nach wie vor der Meinung, dass es in einem reichen Land wie Österreich möglich sein muss, dass jemand betteln kann und dass es unsozial sowie inhuman ist, wenn Bettlerinnen und Bettler polizeilich vom öffentlichen Raum entfernt werden.

Ein Bettelverbot bekämpft Arme, nicht aber die Armut. Und das Bettelverbot und die Ordnungswache haben etwas gemeinsam, das heißt, sie bekämpfen die Symptome, nicht aber die Ursachen. Das Geld, das für die Ordnungswache ausgegeben wird, könnte man wesentlich sinnvoller einsetzen, beispielsweise für Hilfsprojekte für Ob-

dachlose, Bettlerinnen und Bettler, Süchtige oder andere Benachteiligte. Man könnte dieses Geld für Sozialprojekte einsetzen oder etwa auch für Streetwork.

Beim Thema Finanzen fällt mir außerdem ein, dass es in Hinblick auf die Ordnungswache bei der seinerzeitigen Einführung eine Ankündigung in der Richtung gab, dass es Zuschüsse des Landes und des Bundes geben soll, aber bisher haben wir davon nichts gehört. Die Ordnungswache wird also rein vor der Stadt Wels finanziert.

Wie gegen organisiertes Betteln vorzugehen ist, das ist ausreichend im Strafrecht festgelegt. Somit ist das die Aufgabe der Polizei. Und wenn Minderjährige zum Betteln gezwungen werden, ist das ebenfalls im Strafrecht abgedeckt bzw. unterliegt auch solch eine Sache der Polizei. Wir sind halt dagegen, dass die Ordnungswache polizeiliche Aufgaben übernehmen soll und wir werden deshalb diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Es ist leider trotz der Tatsache, dass wir in einem Wohlfahrtsstaat leben, offenbar notwendig, dass gebettelt wird. Es erscheint insofern notwendig, als damit verschiedene Leute zu ihrem Lebensunterhalt kommen.

Es wurde kein Betteleigesetz, sondern eine Novelle zum Polizeistrafgesetz beschlossen und diese Novelle sieht Möglichkeiten vor, dass man das organisierte, das aggressive und das Betteln in Form des Bandenwesens, das Heran- oder Beiziehen von Kindern unterbinden kann. Dieses Gesetz hat seine Berechtigung, weil es für das Einschreiten in diesen Bereichen bisher keine rechtliche Grundlage gegeben hat.

Die Polizei ging bislang immer unter Anwendung des Sammlungsgesetzes vor und dieses Sammlungsgesetz ist, wie der Landes-Verfassungsdienst bescheinigte, eine unzulässige oder rechtlich nicht einwandfreie Grundlage eben für das Einschreiten der Polizei. Daher ist es sinnvoll und zweckmäßig, dass mit dieser Novelle zum Polizeistrafgesetz eine ordnungsgemäße rechtliche Grundlage hierfür geschaffen wurde. Diese Novelle liegt nun vor und soll entsprechend umgesetzt werden, auch zum Schutz der ordentlichen Bettler, die also nicht aggressiv betteln und auch nicht in Form von Banden. Dieses ordentliche oder normale Betteln wird nicht bestraft oder unter Strafe gestellt.

Wichtig ist aber, dass man diese Gesetzesnovelle tatsächlich umsetzt und vollzieht. Die Polizei ist nach wie vor in erster Linie für die Umsetzung des Polizeistrafgesetzes zuständig, aber zusätzlich soll die Ordnungswache einschreiten können. Es ist gut und schön, dass wir in Wels eine Ordnungswache haben, diese sollte aber auch auf diesem Gebiet Kompetenzen bekommen, nämlich im Bereich des organisierten, aggressiven Bettelns.

Ich sagte es im Landtag ebenfalls: Wenn wir es als zulässig sehen, dass Naturschutzorgane über die gleichen Kompetenzen verfügen wie die Mitglieder einer Ordnungswache, dann sehe ich es auch ein, wenn nun die Ordnungswache gegen diese Formen der Bettelei vorgehen können soll. Im Bereich des Naturschutzes können ja die Naturschutz-Wacheorgane ebenfalls entsprechend eingreifen, wenn es beispielsweise um das Pflücken von Schwammerln geht.

GR. Bauer: Das heißt jetzt also, dass sie zwischen ordentlichen und unordentlichen Bettlern unterscheiden, zwischen guten und bösen und die Ordnungswache darf dann darüber entscheiden, wer zur jeweiligen Gruppe gehört? Bravo!

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich glaube, dass jetzt diese kurze Sequenz relativ deutlich machte, dass diese Verordnung des Oö. Landtags eine reine Stimmungsmache durch Parteien ist, die sich leider zu einer Law-and-order-Politik hinreißen lassen.

Wenn sie die Berichte in den Medien mitverfolgten, werden sie mitbekommen haben, was auch innerhalb der Polizei diskutiert wurde. Es ist beispielsweise so, dass der Linzer Polizeidirektor strikt gegen eine Änderung des Gesetzes war, weil er der Meinung ist, dass die Polizei mit den bereits vorhandenen Gesetzen über ausreichende Möglichkeiten zum Einschreiten verfügt. Im Übrigen war das auch immer die Position der SPÖ, wenn solche Diskussionsbeiträge oder Anträge zum Thema Bettelerei gekommen sind.

Für uns ist es eine unheilige Allianz, die sich jetzt leider im Landtag gefunden hat und die sich heute im Gemeinderat fortsetzt. Wir werden damit, dass wir Leute von der Straße wegzerren oder sie wegstellen, diverse Probleme nicht lösen können. Und ich möchte unsere Beschäftigten in der Ordnungswache nicht einer solchen Verordnung aussetzen, bei der sie immer wieder in einer gewissen Bandbreite der Auslegung agieren müssten. Das Gewaltmonopol in unserer Republik liegt nun einmal bei der Polizei und wir können nicht durch solche anderweitige Regelungen in den Ballungszentren, wo es eben eine Ordnungswache gibt, derartige Befugnisse von der Polizei wegnehmen.

Man kann ja die Sache auch so sehen, dass wir eigentlich in unserer Stadt mehr Polizisten benötigen würden, mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum und ich sagte zuletzt schon mehrmals, dass derjenige, der zuletzt einen Polizisten zu Fuß in der Innenstadt gesehen hat, von mir einen Euro bekommt. Ich musste noch nie einen zahlen, was sie bestimmt nicht wundern wird, weil man halt in der Innenstadt keine Polizei sieht. Wir haben in Wels mindestens 30, manche Experten sprechen von 50 Polizisten, zu wenig und da liegen die Probleme, nicht an dieser Symptomherumdoktorei.

Vzbgm. Wimmer: Zunächst darf ich an die Entstehungsgeschichte der Welser Ordnungswache erinnern. Wir waren uns eigentlich mit Ausnahme der GRÜNEN ziemlich einig darüber, dass die Ordnungswache Wels ein verlängerter Arm oder ein Instrument des Bürgerservice sein sollte. Daher wurde die Ordnungswache bei der Bürgerservice-stelle angesiedelt und nicht wie in Linz bei einem eigenen Sicherheitsstadtrat. Und es war auch nie daran gedacht, dass außer der Service-Funktion der Ordnungswache weitere Kompetenzen zugeordnet werden sollten.

Jetzt haben wir aber einen rechtlich äußerst fraglichen Landtagsbeschluss. Es gibt immerhin zwei Rechtsgutachten namhafter Universitätsprofessoren, die die Verfassungsmäßigkeit dieses Beschlusses in Zweifel ziehen. Und auf dieser Basis soll die Welser Ordnungswache zur Mitwirkung in dieser Sache verurteilt werden, wie ich fast sagen möchte. Bemerkenswert finde ich es schon, wenn ausgerechnet von einem Stadtrat mit Beruf Polizeibeamter dieses Verlangen ausgesprochen wird, stellt es doch der Polizei irgendwo ein Armutszeugnis aus, wenn sie allein nicht in der Lage ist, diese Bestimmungen zu überwachen.

Ich sage auch namens der SPÖ-Fraktion, dass wir selbstverständlich gegen verbrecherische Banden, gegen das organisierte Betteln sind – das ist überhaupt keine Frage – aber zuständig für die Überwachung muss auch in Zukunft die Polizei sein. Es kann nicht sein, dass Beamte einer Bürgerservicestelle mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet werden. Wenn aber die Polizei über zu wenig Personal verfügt, um auch noch diese gesetzlichen Bestimmungen entsprechend vollziehen zu können, dann soll sie das sagen und sie soll die Bemühungen des Bürgermeisters oder der SPÖ-Fraktion, entsprechende Personalaufstockungen zu bekommen, durch geeignete Maßnahmen unterstützen.

Wir lehnen es jedenfalls ab, wenn über die bisherigen Kompetenzen hinaus der Ordnungswache eine exekutive Gewalt übertragen werden soll, denn wo endet das letztlich? Vielleicht werden einmal Sicherheitsdienste vor Banken damit verbunden, also zum Schutz vor Banküberfällen oder damit gleich jemand zur Stelle ist, wenn etwas passiert, denn die Polizei verfügt über zu wenig Personal und ist daher nicht mehr in der Lage, diesen Aufgaben nachzukommen.

Persönlich habe ich großes Vertrauen in die Polizei, aber die Polizei soll jene Überwachungsmaßnahmen und Verfolgungshandlungen setzen, die ihr Kraft Gesetz zukommen. Und das Einschreiten gegen die organisierte Bettelei, die aggressive Bettelei usw. ist eindeutig Aufgabe der Polizei.

Es ist ja nicht so, als hätten wir in Wels ein riesiges Problem mit diesen organisierten Bettlerbanden. Ich bin einer, der sich sehr oft in der Stadt bewegt und ich muss sagen, dass ich angesichts dessen, was ich bemerke, nicht gleich von einer organisierten Bettelei sprechen würde. Und angesichts dessen die Ordnungswache zum Einschreiten zu verdammen, das halte ich doch für sehr gewagt. Ich habe mich jedenfalls noch nie durch einen dieser armen Menschen belästigt, bedroht oder verfolgt gefühlt. Sollte dies aber das eine oder andere Mal wirklich so sein, dann genügt doch ein Griff zum Telefon und die Polizei wird ihrer Aufgabe nachkommen.

Es wird hier aus rein populistischen Gründen agiert. Eine Law-and-order-Politik ist scheinbar modern. Bei den Freiheitlichen habe ich das gewusst, aber nicht gewusst habe ich, dass diese Politik nun auch schon bei der ÖVP derart stark ausgeprägt ist. Offenbar ist das heute ein modernes Instrument, um Stimmung zu machen und medial auftreten zu können. Das ist aber nicht unsere Absicht und nicht unser Stil.

Ich fasse also zusammen. Wir lehnen alles, was dem jetzigen Strafrecht widerspricht, was dem Sammlungsgesetz widerspricht, ab. Und wir fordern die Polizei auf, ihre Pflicht zu tun, entsprechend einzuschreiten, wenn es notwendig ist, aber wir lehnen es ab, dass Instrumente des Magistrates, die einen Bürgerservicecharakter haben, für diese Aufgaben missbraucht werden.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich glaube, es ist allgemein bekannt, dass die Welser GRÜNEN die Ordnungswache zur Gänze für ein höchst unnötiges Instrumentarium halten, das nur Geld verbraucht, das an anderer Stelle fehlt. Was allerdings hier und heute geplant wird, nämlich dieser Ordnungswache, einer Gruppe von Außendienstbeamten des Magistrates, die eine Schmalspurausbildung durchlaufen haben, quasi polizeiliche Befugnisse zu übertragen, das schlägt meines Erachtens alles. Wir sind selbstverständlich dagegen, dass Befugnisse in dieser Richtung ausgeweitet werden. Wir halten es nicht für notwendig, gegen Bettler verstärkt vorzugehen und wir können nur äußerst

befremdet diese eigenartige Koalition zwischen der Freiheitlichen Partei sowie der angeblich christlichen und sozialen Partei in dieser Angelegenheit betrachten.

StR. Dr. Rabl: Ich halte diese Beschlussfassung für sinnvoll. Immerhin gibt es nun eine landesgesetzliche Regelung, damit eben die Möglichkeit besteht, der Ordnungswache die Kompetenzen einzuräumen und sie nicht völlig sinn- und zwecklos herumlaufen zu lassen. Was ich allerdings ein bisschen befremdlich finde, ist die Tatsache, dass dann, wenn sich eine Mehrheit im Gemeinderat oder auch im Landtag findet, sofort von undemokratischen Vorgängen oder von eigenartigen Konstellationen geredet wird. Es muss halt die SPÖ gemeinsam mit den GRÜNEN doch irgendwann zur Kenntnis nehmen, dass es hier im Gemeinderat gemeinsam eine bürgerliche Mehrheit gibt. Und man muss vor allem zur Kenntnis nehmen, dass es eine große bürgerliche Mehrheit in der Bevölkerung gibt. Offensichtlich ist die Multikulti-Politik der SPÖ und der GRÜNEN gescheitert und auch die Politik des „Laissez-faire“ scheint endgültig gescheitert. Wenn man das nicht zur Kenntnis nehmen will, dann wird man die nächsten Wahlen genauso verlieren, was uns nur recht sein kann. Wir werden jedenfalls in dieser Frage sicher nicht zuschauen.

Mit einer gewissen Verwunderung habe ich die Wortmeldung des Vizebürgermeister Wimmer zur Kenntnis genommen. Hier weiß anscheinend in der SPÖ die rechte Hand nicht, was die linke tut. Bürgermeister Koits sagte nämlich noch vor einem Jahr in einem Interview in den OÖ Nachrichten, das er einer Kompetenzerweiterung für die Stadtwache durchaus etwas abgewinnen kann und er halte das für sinnvoll. Dass das jetzt nicht mehr gelten soll, ist doch etwas eigenartig.

Ich habe mir natürlich herausgesucht, was er damals konkret sagte. Hier steht, dass SPÖ-Bürgermeister Dr. Koits gestern bei einer Pressekonferenz über die Halb-Jahres-Bilanz der Ordnungswache sagte: „Ich kann mir vorstellen, über die Kompetenzerweiterung zu reden, beispielsweise was die Ausweispflicht betrifft und die Ausstellung von Organmandaten“. Also, dass das jetzt in Zusammenhang mit der Bettelei nicht mehr gelten soll, ist schon etwas eigenartig. Ich nehme es aber zur Kenntnis, denn man kann ja auch gescheitert werden, wie man so schön sagt. Offensichtlich hat hier der linke Flügel der SPÖ den rechten Flügel überzeugt. Ich nehme das zur Kenntnis, halte aber trotzdem das, was wir jetzt beschließen, für äußerst sinnvoll und empfehle daher der SPÖ, sich zu überlegen, ob sie nicht die Abstimmung freigeben will.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte kurz auf die Wortmeldungen replizieren. Hiebei möchte ich nicht polemisch diskutieren, sondern ganz sachlich einiges sagen.

Es gibt vom Landes-Verfassungsdienst eine eindeutige Interpretation und Anleitung, wie die Novelle zum Polizeistrafgesetz umzusetzen ist und wie man sie sehen sollte. Ich kann ihnen das geben, aber es wurde diese Darlegung oder Erläuterung ohnehin jeder Landtagsfraktion zur Verfügung gestellt – ich habe das ebenfalls – und damit kann man eine gute Schulung der Ordnungswachebediensteten beginnen. Die Gutachten, die die SPÖ-Fraktion des Landtags in Auftrag gegeben hat, sind von der Landtagsdirektion entkräftet worden und daher wurde letztlich nicht mehr näher darauf eingegangen. Ich kann ihnen das wirklich authentisch schildern, weil ich dabei war. Es wurde das so zur Kenntnis genommen.

Eines ist mir wichtig, nämlich dass wir unsere Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen und so bitte ich darum, nicht zu sagen, dass es bei uns keine Bettelbanden

gibt. Wir haben sie und die Bevölkerung lebt damit und sieht das. Daher hat das Gesetz seine Richtigkeit und Berechtigung.

Eine Diskussion darüber, ob die ÖVP eine christliche Partei ist, eine soziale Partei und ob wir unsere Werte entsprechend berücksichtigen, führe ich mit ihnen sicherlich nicht. Jeder weiß das am besten für sich selbst zu beurteilen und daher möchte ich im Gemeinderat mit ihnen gar nicht darüber diskutieren, was sie unter christlich verstehen, was ich darunter verstehe oder die Fraktion. Es ist so, wie es ist und wir werden daran gemessen, wie wir leben und was wir machen.

Am Schluss hätte ich noch eine Bitte. Wir diskutieren hier nicht über die Sinnhaftigkeit des Gesetzes, sondern nur darüber, dass die Kompetenzen an die Ordnungswache übertragen werden sollten. Nur das steht zur Diskussion!

Bgm. Dr. Koits: Das stimmt aber nicht ganz so! Wenn ich hier als Vorsitzender die Wortmeldungen so mitverfolge, dann wurde bisher nicht nur über die Kompetenzen für die Ordnungswache gesprochen, sondern der Kollege Rabl sprach beispielsweise vom Ende der Multikulti-Gesellschaft, was überhaupt nichts mit dem zu tun hat, was wir jetzt auf der Tagesordnung haben. Also, Eingrenzungen mache ich als Vorsitzender.

GR. LAbg. Dr. Csar: Der Kollege Rabl hat ebenso von einem linken und einem rechten Flügel in der SPÖ gesprochen und darüber diskutieren wir ja auch nicht, Herr Bürgermeister!

Mir geht es nur darum, dass ich an das Demokratieverständnis des Gemeinderates appellieren möchte. Es möge also dieser Beschluss gefasst und das Beschlossene umgesetzt werden.

GR. Haböck: Liebe Andrea Bauer! Ich verstehe eure Intention sehr wohl und gestehe zu, dass das natürlich ein schwieriges Thema ist. Ich habe es schon in der Gemeinderatssitzung im Mai vorigen Jahres ausgeführt, dass hinter jedem Bettler ein soziales Schicksal steht, aber hier scheint es doch um ein generelles Bettelverbot zu gehen, wie immer kolportiert wird. Das Betteln an sich kann man aber nicht verbieten, weil es eine diesbezügliche menschenrechtliche Bestimmung gibt und auch verfassungsrechtlich wäre es nicht gedeckt. Also, wenn schon, dann sollte man nicht einfach von einem Bettelverbot sprechen, sondern wirklich bei der Sache bleiben.

Zum Zweiten verstehe ich es sehr wohl bzw. kann ich es sehr gut nachvollziehen, wenn man sich diesem Thema von sozialer oder menschlicher Seite her nähert, nur irgendwann hat halt die Sozialromantik auch einmal ihr Ende. Zu leugnen, dass es Bettlerbanden überhaupt gibt, das verstehe ich nicht. Entschuldigung, aber ich leugne ja andererseits nicht, dass es Drogenkartelle gibt, nur weil diese in Wels nicht ihren Hauptsitz haben. Das wäre doch völlig aus der Luft gegriffen. Ich glaube, es war in Wien, wenn ich gewisse Zahlen richtig im Kopf habe, wo sich herausstellte, dass es sich bei einem Großteil der aufgegriffenen Bettler um Roma aus der Slowakei handelt. Es geht also hier nicht so sehr um Österreicher, die durch die soziale Not auf die Straße gezwungen werden. Und diese Roma aus der Slowakei müssen ja auf irgendeine Art und Weise nach Wien kommen. Die werden sich doch nicht ein Busticket nach Wien kaufen. Natürlich gibt es in der Slowakei derartige organisierte Banden und hier darf man einfach nicht die Augen vor der Realität verschließen.



Soziale Missstände einfach zu belassen, nur damit man sich selber gut fühlt, dass man sich selbst sozial fühlen kann, indem man sagt, dass es nun einmal so viele arme Menschen gibt und da kann man doch nichts dagegen tun, das ist meines Erachtens auch nicht Sinn der Sache. Wir wissen doch, dass es den organisierten Bettlerbanden nur um den Profit geht und dass von diesen Banden die Menschen ausgebeutet werden. Die Frauen mit Kindern, die auf den Straßen sitzen, werden doch ausgebeutet, damit die dahinter stehenden Kriminellen ihren Profit bekommen. Und wie unterbindet man das? Das unterbindet man, indem man diesen Kriminellen die finanzielle Grundlage entzieht. Das hört sich zwar hart an, es ist dies aber die einzige Möglichkeit. Es darf somit keinen Anreiz für diese Verbrecher geben, junge Frauen mit ihren Kindern auf die Straße zu schicken. Das hört sich zwar hart an, aber auf lange Sicht ist diese Vorgehensweise sicher sozialer. Das ist besser, als wenn man sich in Sozialromantik ergeht und sagt: Lassen wir sie doch sitzen, denn es passiert ja nichts.

Noch einmal: Das Betteln wird ja nun nicht verboten. Das Betteln kann und soll nicht verboten werden, denn das stille Betteln stellt eine Art von Erwerb dar und hier kann verfassungsrechtlich gesehen ohnehin nicht eingegriffen werden. Unterscheiden wir demnach bitte zwischen dem aggressiven und dem passiven Betteln für den Eigen-erwerb, wobei ja Letzteres gar nicht zur Diskussion steht. Wenn schon diskutiert wird, dann bleiben wir bitte bei den richtigen Tatbeständen.

Es ist auch immer wieder dieses Gerede von der unheiligen Allianz zu vernehmen. Dabei brauchen sich die Roten, wenn es um Verbindungen mit der FPÖ geht, sicher nicht zu weit aus dem Fenster zu lehnen. Es ist nun einmal so, dass es im Gemeinderat verschiedene Mehrheiten gibt, die sich halt zu verschiedenen Themen bilden können. Das ist der demokratische Weg und der ist auch von den anderen zu akzeptieren.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich denke mir, dass sich das die Schwarzen – auch ich darf jetzt diese farbige Bezeichnung wählen – ruhig schönreden sollen. Bei dieser Sache geht es nicht um all jene Sachen, die du jetzt vorbrachtest, sondern vielmehr darum, dass anscheinend die Polizei ihre Aufgaben nicht erfüllen kann. Anscheinend ist unser Ansinnen, dass mehr Polizei im öffentlichen Raum da sein muss, dass wir mehr Polizei in einer Stadt wie Wels brauchen, nicht erfüllbar. Darum geht die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ den Umweg und beschließt eine Novelle zum Polizeistrafgesetz und nötigt damit Bürgerservice-Mitarbeiter, dort einzuschreiten, wo die Polizei an sich schon genug Möglichkeiten zum Einschreiten hätte. Wenn das alles so stimmt, wie es gesagt wird, dann verstehe ich nicht, warum die Polizei nicht eingreift. Entweder ist sie im öffentlichen Raum nicht vorhanden, was meine Behauptung ist oder es ist die Polizei gar nicht in der Lage, diese schwammigen Begriffe umzusetzen. Um nur einen dieser Begriffe herauszunehmen, darf ich Bezug auf das „aggressive Betteln“ nehmen. Bitte, der Unterschied fängt ja bei den Personen an, die angebettelt werden, das heißt, der eine empfindet etwas als aggressiv und der andere als weniger oder vielleicht gar nicht aggressiv. Und diesen Spielraum können meiner Ansicht nach nur gut ausgebildete Polizisten ausloten, um dann eben einzugreifen oder auch nicht. Wir wissen, dass hier immer wieder gravierende Fehler oder Meinungsunterschiede gegeben sind. Was wir aber jetzt machen, das ist ein Abwälzen auf das schwächste Glied in der Kette, auf die Bürgerservice-Mitarbeiter.

GR. Zaunmüller: Ich lege schon wert auf die Feststellung, dass die ÖVP-Fraktion niemand nötigt, auch nicht bei einem demokratischen Votum. Das ist mir vorweg einmal ganz wichtig zu sagen.

Dann hörten wir, dass die Law-and-order-Politik etwas ganz Negatives sein soll. Ich meine aber, dass es immer darauf ankommt, wie man etwas anwendet oder umsetzt. „Law and Order“ heißt meiner Meinung nach „Gesetz und Ordnung“, wobei ich grundsätzlich einmal diesen Begriffen nichts Schlechtes abgewinnen kann. Wenn man natürlich gewisse Dinge in gewisser Weise interpretieren möchte, kann man schon einiges sagen, was bei der Interpretation so gar nicht stimmt.

Einige Dinge möchte ich unterstreichen. Ich würde mir für die ÖVP Wels wünschen, dass wir mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Wels haben. Das wäre schön. Ich möchte mir aber auch zwei Euro von Herrn Vizebürgermeister Wimmer abholen, denn heute Vormittag habe ich tatsächlich eine Doppelstreife in der Innenstadt gesehen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Der Reindl zahlt das!

GR. Zaunmüller: Und der dritte Punkt betrifft die Ordnungswache. Das ist eine sehr sinnvolle Konstruktion, allerdings hat es sich mittlerweile schon ein wenig herumgesprochen, dass sie möglicherweise etwas zahnlos ist. Selbst der Unanständigste weiß mittlerweile, dass die Ordnungswache nicht über allzu große Kompetenzen verfügt. Daher stellt es keine unheilige Allianz dar, wenn die ÖVP mit den Freiheitlichen gemeinsam diesen Antrag beschließt. Ich halte das für eine sehr sinnvolle Sache.

Nun noch zwei Dinge. Wir schauen bei den organisierten Bettlern nicht der Armut ins Auge. Natürlich ist es vordergründig so, aber in Wahrheit – das an die Adresse der grünen Fraktion – schauen wir bei der organisierten Bettelei der Kriminalität, die dahintersteht, ins Auge. Ich maße mir nicht allzu viel an, aber ich glaube erkennen zu können, wenn ich durch die Stadt gehe und einen Bettler irgendwo sitzen sehe, von welchem Eck dieser Bettler kommt. Ich spreche jetzt nicht von ordentlichen Bettlern, aber ich glaube schon, erkennen zu können, ob das ein Welser Bettler ist oder ob dieser aus dem organisierten Bereich kommt. Mit ein wenig Sensibilität und mit offenen Augen sieht man das, meine Damen und Herren. Diese organisierte Bettelei gibt es auch in Wels.

Vzbgm. Wimmer: Ich finde es schon bemerkenswert, was hier die ÖVP an Argumenten bringt, um diese unheilige und unselige blauschwarze Allianz zu rechtfertigen.

Die Argumentation des Kollegen Haböck ist für mich wirklich bemerkenswert, muss ich sagen. Er begründet den Einsatz der Ordnungswache in Wels damit, dass es erstens gegen das Betteln aus sozialen Gründen sowieso keine Einwände gibt, dass es zweitens in Wien slowakische Bettlerbanden gibt und dass es drittens, wie wir alle wissen, Drogenkartelle gibt. Selbstverständlich gibt es das alles – das ist gar keine Frage – aber ansonsten habe ich jetzt erst am Schluss vom Kollegen Zaunmüller gehört, wie das mit der Unterscheidung geht. Er verfügt offenbar über Fähigkeiten, die ich nicht habe – manche in meiner Fraktion oder alle in meiner Fraktion verfügen darüber nicht – nämlich am Gesicht zu erkennen, ob das jetzt ein Bettler ist, der Betteln darf oder einer, der ausgebeutet wird und von irgendwo aus dem Ausland kommt.

Sollte es darum gehen, das Betteln dem Grunde nach nicht in Frage zu stellen, dann heißt das wohl, wenn ich diesem Antrag folge, dass die Beamten der Ordnungswache erkennen müssten, ob das nun ein organisierter Bettler ist oder ein einheimischer, wobei man noch fragen könnte, wo hier die Grenzen zu ziehen sind. Ist also ein Bettler,

der aus dem Mühlviertel kommt, in Wels noch zulässig oder einer aus Linz, vielleicht aus Graz, wo sie mittlerweile auch vertrieben werden? Vielleicht geht es aber nur um slowakische Bettlerbanden, die man am Gesicht der Einzelnen erkennen muss?

So etwas als Begründung einer obskuren Maßnahme hörte ich überhaupt noch nie. Ich frage mich, was da noch alles kommen kann. Als nächstes wird vielleicht ein Antrag in der Richtung kommen, die Kompetenzen der Ordnungswache auf Drogendelikte zu erweitern. Der Ordnungswachebeamte vom Bürgerservice des Magistrates wird also erkennen müssen, ob das nun einer vom kolumbianischen Drogenkartell ist – da wird er einschreiten dürfen – oder ist das ein Welser? In bestimmten Fällen wird dann eventuell die Polizei einschreiten. Jedenfalls scheint es aber so, als ob die Ordnungswache auf diese exekutiven Aufgaben rangelassen werden soll.

Es tut mir wirklich leid, aber für mich ist das alles nicht mehr nachvollziehbar. Da drückt beispielsweise der Kollege Haböck auf die Tränendüse und stellt das Soziale in den Mittelpunkt, die armen Menschen, die man selbstverständlich betteln lassen muss, weil dies sogar ein Menschenrecht ist, aber wenn schon, dann frage ich mich, wo die Menschenrechte beginnen und wo sie aufhören. Wenn ich nun aber die Argumentation weiterspinne, dann ergibt sich die Frage, ob nun die Welser Ordnungswache auch über die Menschenrechte entscheiden soll. Falls nämlich das Betteln ein Menschenrecht darstellt, das organisierte Betteln hingegen nicht, dann entscheidet wohl die Welser Ordnungswache darüber, ob nun einerseits eine menschenrechtskonforme oder andererseits eine menschenrechtswidrige Bettelei vorliegt. Also, das ist ja wirklich an den Haaren herbeigezogen und für mich einfach nicht mehr nachzuvollziehen.

Ich sage es noch einmal: Überall, wo es um Verbrechen geht, hat die Polizei einzuschreiten! Sie werden in der SPÖ-Fraktion niemanden finden, der sagt, es sei in Ordnung, wenn organisierte Bettlerbanden die Menschen ausbeuten! Das ist absolut nicht in Ordnung! Ich sage das ganz klar und deutlich! Ich habe jedoch aus dem Tätigkeitsbericht der Welser Polizei für das Jahr 2010 nichts in der Richtung entnehmen können, dass es in Wels zu ganz massiven Fällen organisierter Bettelei, zum aggressiven Betteln und zu entsprechenden Einsätzen von Sicherheitswacheorganen gekommen sei. Ich habe solch eine Information nicht bekommen. Vielleicht gibt es aber schon etwas, das uns möglicherweise nur deshalb nicht zugänglich gemacht wurde, damit sie das heute bringen können. Uns war solch eine Information nicht zugänglich, gibt es aber sehr wohl derartige Fälle, dann verurteilen wir diese und verlangen für solche Anlässe ein Einschreiten der Polizei. Wenn sie es aber nicht kommen kann, wie der Kollege Reindl-Schwaighofer ausführte, dann muss sie es sagen und uns unterstützen bei unserer Forderung, in Wels mehr Polizei auf die Straße zu bringen. Wir brauchen die Polizei weniger in den Büros, sondern mehr auf der Straße, damit sie die Aufgaben, die ihr vom Gesetz her zustehen, auch tatsächlich erfüllen kann.

StR. Dr. Rabl: Vielleicht schadet jetzt ein bisschen etwas zur Aufklärung nicht. Dass ich jetzt den Herrn Vizebürgermeister Wimmer einmal aufklären darf, ist mir eine besondere Freude.

Punkt 1: Im Gesetz steht drinnen, dass das Betteln zusammen mit Unmündigen verboten ist. Ich glaube schon, dass es einem Organ der Ordnungswache zumutbar ist, einen Unmündigen, also jemand, der unter 14 Jahre alt ist, zu erkennen. Das bedarf keiner besonderen Schulung bzw. wird man das wohl jedem normalen Menschen zutrauen können.

Punkt 2: Das aggressive Betteln ist verboten. Und auch hiezu steht im Gesetz, was gemeint ist, nämlich das Betteln durch Anfassen – wenn ein Bettler einen Passanten anfasst, wird es der Ordnungswache ebenfalls zumutbar sein, so etwas zu erkennen – und darüber hinaus ist das Betteln von Haus zu Haus gemeint, wobei eine Beobachtung ohne entsprechende Schulung in diesem Punkt aus meiner Sicht sehr leicht möglich ist. Und auch das Betteln verbunden mit einem Beschimpfen ist meines Erachtens sehr leicht erkennbar bzw. verboten. Wenn einer im öffentlichen Raum jemanden beschimpft, so ist dies durchaus vernehmbar oder hörbar, auch für die Ordnungswache, und zwar ohne besondere Schulung.

Ich finde generell die Argumentation der SPÖ-Fraktion ein bisschen eigenartig. Warum? Da sagt man, dass man nichts dagegen hätte, würde die Polizei gegen die Bettelei einschreiten. Man vertritt die Auffassung, dass wir mehr Polizei bräuchten, damit diese einschreiten könnte. Nun weiß aber die SPÖ, dass wir erstens diesen Personalstand haben und kaum etwas dazukommen wird und zweitens wissen wir, dass Österreich einen roten Bundeskanzler hat und dieser wäre als Leiter der Bundesregierung auch dafür zuständig, sich um einen erhöhten Stand an Wachebeamten zu sorgen. Aber wenn wir schon nicht mehr Wachebeamte der Polizei haben, verstehe ich es nicht, warum wir nicht die Zeit bis dahin, wo wir vielleicht doch mehr Polizei bekommen, ausnützen, um der Ordnungswache mehr an Kompetenzen zu geben, so wie sich dazu klare Anweisungen im Gesetz finden. Ich kann es nicht nachvollziehen und verstehen, warum der Ordnungswache in Wels nicht jene Kompetenzen eingeräumt werden sollen, wie das nach dem Gesetz sehr wohl möglich erschiene.

Wenn ich der Argumentation des Kollegen Reindl-Schwaighofer folge, dann müsste er eigentlich diesem Antrag zustimmen, wenn ich das richtig verstanden habe. Nur ist dann eben herausgekommen, dass er nicht zustimmt. Na ja, vielleicht liegt es auch etwas an einer missverständlichen Ausdrucksweise.

Diese Gesetzesnovelle birgt meines Erachtens einen positiven Ansatz in sich und ich finde es schade, wenn man dem nicht folgen kann. Aus meiner Sicht schützt dieses Gesetz Kinder, was ja auch in den erläuternden Bemerkungen deutlich zum Ausdruck kommt. Das Problem der Kinderbettelei ist ein ganz massives und der Umgang der Bettlerbanden mit Kindern, die eben zum Betteln eingesetzt werden, ist aus meiner Sicht ein ganz verheerender und da hätte man schon sehr lange einschreiten müssen.

Es war doch zu beobachten, wie auch in der Stadt Wels 8-, 9- oder 10- jährige Kinder zum Betteln eingesetzt werden. Wenn sie jedoch spielen wollen, unter anderen mit meinem Sohn, und wenn sie deshalb an den Haaren heruntergerissen werden, weil sie sitzenzubleiben und weiterzubetteln haben, dann muss ich mir doch die Frage stellen, ob das der richtige Umgang für und mit Kindern ist. Ich wage dies tatsächlich zu bezweifeln und deshalb finde ich es gut und richtig, wenn jetzt einmal besonders dieser Kinderbettelei ein massiver Riegel vorgeschoben wird.

GR. Schönberger: Es ist schon sehr abstrakt, was hier dargestellt wird. Da geht es ja um kriminalistische Aufklärungsarbeit, die zu machen ist, um diese Bettlerbanden überführen und dingfest machen zu können. Aber es kann doch nicht wirklich von der Ordnungswache verlangt werden, dass sie sich auf die Lauer legt und beobachtet, ob jetzt ein entsprechender Bus mit organisierten Bettlern kommt und dass sie die Leute auch noch beim Aussteigen fotografiert etc., damit in weiterer Folge die Leute aufgrund

der bestehenden Gesetzeslage verurteilt werden können und weggewiesen werden dürfen.

Ich verstehe diesen rechtsfreien Spielraum nicht, der hier geschaffen werden soll. Menschen, die dafür gar nicht ausgebildet wurden, sollen hier einschreiten, was jedoch für mich unverständlich erscheint.

Wenn sie schon diese organisierten Sandler so genau kennen, dann zeigen sie diese halt an. Sie haben ja ohnehin Polizisten in ihren eigenen Reihen und die sollen den kriminalistischen Hintergrund beobachten und etwas dagegen unternehmen. Da gibt es weiters die Staatsanwaltschaft und die Richter – sie haben ja auch in den Gerichten ihre Leute – denen es sicher unbenommen bleibt, diese Bettler dingfest zu machen, wenn sie tatsächlich in Österreich straffällig werden. Wird das gemacht, wird sich wahrscheinlich insgesamt etwas ändern, weil das diverse Leute schon mitbekommen werden. Wenn sie straffällig sind, muss man halt die Leute notfalls einsperren.

Aber dass man es einem Ordnungswacheorgan, einem kleinen Beamten des Magistrates überträgt oder in die Schuhe schiebt, in solchen Fällen zu entscheiden, das halte ich schon für eine sehr feige Auslegung eines Spielraumes. Ich würde es keinem zumuten, auch mir selbst nicht, dass er jemanden ansprechen und fragen muss: Entschuldigung, aber ich glaube, sie sind ein organisierter Bettler? Wenn derjenige nein sagt – hoffentlich entstehen nicht zusätzlich Sprachprobleme – dann stellt sich die Frage, was sie dann tun würden.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Du musst ihn halt richtig anschauen!

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Du brauchst ihm ja nur in das Gesicht zu schauen!

GR. Schönberger: Wenn sie vielleicht einen organisierten Bettler gleich am Gesicht oder am Körperbau erkennen, muss ich ihnen sagen, dass ich gerne abends beim Fortgehen einmal sehen möchte bzw. würde mich interessieren, ob sie jede Vierzehnjährige oder jeden Vierzehnjährigen wirklich nur am Gesicht oder an der Statur erkennen können. Ich würde mir das nicht zutrauen, obwohl ich eine Tochter habe, die zufälligerweise gerade 15 Jahre alt wurde. Also, obwohl ich sozusagen einen guten Vergleich hätte, würde ich es mir nicht zutrauen, wirklich jede Vierzehnjährige als Vierzehnjährige zu deklarieren bzw. zu sagen: Du bist älter, du bist jünger. Das ist tatsächlich eine sehr schwierige Angelegenheit.

Was sie da verlangen, das reicht ja fast schon in den Bereich der Deuterei oder Wahrsagerei hinein. Da verlangen sie schon einiges von der Ordnungswache.

Ich muss sagen, dass für gewisse Aufgaben die Polizei nun einmal da ist. Von dieser sollen die Ausweise kontrolliert werden. Gibt es etwas, dann soll eine entsprechende Beweisführung erbracht werden, es sollen Fotos gemacht werden etc., vielleicht auch eine entsprechende Aufklärung, und wenn nötig, wird man einen Strafakt anlegen können oder müssen. Sie, Herr Dr. Rabl, kämpfen ja beruflich gegen diverse Vorhaltungen bzw. unterstützen sie ihre Mandanten und würden sie mit einer derart dünnen Aktenlage konfrontiert, dann bin ich mir sicher, dass sie einen Staatsanwalt in alle Richtungen zerlegen würden. Da herinnen wäre es aber plötzlich opportun zu sagen, dass solche Dinge ganz einfach von einem Ordnungswachebeamten zu erledigen sind. Danke!

Vzbgm. Dr. Wieser: Herr Schönberger! Sie meinten zu Beginn ihrer Ausführungen, dass alles, was von unserer Seite kam, abstrakt und theoretisch gewesen sei und dies alles in der Praxis sowieso nicht funktioniere. Ich kann ihnen jetzt einmal einen kleinen Fall aus der Praxis schildern. Vor 14 Tagen wurde ich in meinem Büro von einem Herrn aus Thalheim angerufen und der sagte: Herr Wieser, es ist ein Wahnsinn, was sich bei euch in Wels abspielt; ich würde so gern am Sonntag den Gottesdienst in der Stadtpfarrkirche besuchen, aber ich sage ihnen, dass ich da nicht mehr hingehen kann, weil es unglaublich ist, was sich da abspielt. Und dann schilderte er Folgendes: Wenn ich bei der Tür hineingehe, stehen dort schon die Bettler mit den Kindern, die Kinder sausen dann sogar während des Gottesdienstes in der Kirche herum, wobei sie die Leute anbetteln und wenn die Messe vorbei ist, stehen sie erst wieder draußen vor der Tür, um die Kirchenbesucher anzubetteln.

Diese Zustände werden also von der Bevölkerung aufgegriffen und sie können ziemlich sicher sein, dass sie beim Messbesuch am Vormittag sehr wohl mit ziemlicher Sicherheit die Herkunft dieser Kinder erraten können.

Wenn sie nun meinen, Herr Schönberger, die Ordnungswache sei nicht in der Lage, zu erkennen, wie alt Jugendliche wirklich sind, dann möchte ich auf den Inhalt unseres Antrages verweisen. Dort steht nämlich sehr wohl drinnen, dass die Ordnungswache von den betreffenden Personen Ausweise verlangen kann und aufgrund eines Ausweises kann man eben einerseits die Herkunft eines Menschen feststellen, andererseits auch sein Alter. So praxisnahe sind also unsere Vorstellungen.

Insgesamt ist die Haltung und die Stellungnahme der Welser Sozialdemokratie aus unserer bzw. aus rein persönlicher Sicht vollkommen unverständlich. Ihre ganze Politik seit 100 Jahren besteht doch darin, die Menschen in diesem Lande von der Armut zu befreien. Da ist in den letzten Jahrzehnten sehr viel geschehen. Und wenn ich mir das Sozialbudget der Frau Kollegin Huber ansehe und speziell die Aussagen vor Wahlen, dann heißt es immer, dass im Sozialbereich nicht gespart wird – solche Aussagen erwartet man natürlich von ihrer Seite – und dass es keine Leistungskürzungen gebe bzw. müsse der soziale Standard in Wels aufrecht erhalten werden etc. Sicher, viele Instrumentarien sind dafür da, dass Menschen in Wels nicht arm sein müssen oder wenn sie arm sind, dass ihnen geholfen wird. Aber dann kommen Auswärtige nach Wels und sagen: Das ist doch allerhand; da haben sie einen roten Bürgermeister, zumindest eine relative rote Mehrheit im Gemeinderat und da müssen trotzdem die Welser herumsitzen und betteln. Man fragt sich schon, ob es denn unter der Sozialdemokratie die Welser wirklich Not haben, dass Bettler auf der Straße sind und andere Welser anbetteln, weil sie sich offenbar das Leben nicht mehr leisten können.

Gehen sie doch einmal selbst durch die Schmidtgasse, Herr Bürgermeister, zum Hofer oder sonst wohin und nehmen sie die Sozialhilfe-Antragsformulare der Stadt Wels mit. Sagen sie den Leuten: Hört doch auf mit dem Betteln, denn das habt ihr ja gar nicht Not, weil wir sind eine rote Stadt; geht also zum Magistrat und dort bekommt ihr die notwendige Unterstützung. Dann wäre es bei uns mit der Bettelei zu Ende!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das ist jetzt aber schon sehr weit hergeholt, was du da sagst!?

Vzbgm. Dr. Wieser: Aber was machen sie? Sie schauen zu und lassen die Leute, egal wie alt sie sind, auf der Straße sitzen. Und dann kommen eben von auswärts Leute

nach Wels, Kunden oder Touristen, und diese sehen die Leute herumsitzen bzw. betteln, womit sie dann den Eindruck bekommen, dass das eine arme Stadt sein muss. Dass sie als Sozialdemokraten sich diesen Eindruck gefallen lassen, das wundert mich schon sehr.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Vzbgm. Wimmer: Du kannst ja aufgrund deiner Beobachtungen noch einen Abänderungsantrag einbringen!

Zu Wort gemeldet hat sich der Bürgermeister.

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren, werter Herr Kollege Wieser! Ich mache es normalerweise nicht, aber für das, was sie jetzt sagten, muss ich schon sagen, dass ich mich für den Gemeinderat hier schäme. Das war nämlich so wirr und in Bezug auf die Aussagen derart ungerechtfertigt sowie hinsichtlich der Menschenwürde, des Respekts vor und der Anerkennung von anderen derart ungerechtfertigt, dass ich über solche Dinge einfach nicht diskutieren will. Wenn jemand von der Abteilung Soziales dort oder da hingehen und Zettel für die Sozialhilfebeantragung mitnehmen soll, also das habe ich in den mehr als 30 Jahren, in denen ich jetzt hier herinnen sitze, noch nie gehört. Wären sie sonst so innovativ, dann wäre das sehr schön!

Ich komme jetzt aber auf das eigentliche Thema zurück, wobei es ja in einem sehr hohen Ausmaß um die Ordnungswache ging. Sie alle haben sich dahingehend geäußert, dass die Ordnungswache praktisch eine erzwungene Notwendigkeit darstellt. Das haben wir seinerzeit festgestellt. Warum erzwungen? Dies deshalb, weil in Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie unter der ÖVP-FPÖ-Regierung der Personalstand bei unserer Polizei von 215 Personen auf 174 Personen gesenkt wurde. Und das bei steigendem Arbeitsaufkommen der Polizei. Ich wiederhole, was zuvor der Kollege Wimmer sagte: Die Polizei in unserer Stadt macht eine gute Arbeit, aber sie ist personell nicht in der Lage, alle Aufgaben, die ihr übertragen sind, so zu übernehmen und wahrzunehmen, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Daher kann ich die Welser Polizei nur ersuchen, gemeinsam mit der Sozialdemokratie beim Bund vorstellig zu werden und zu sagen, dass wir mehr Mitarbeiter für die Polizei in unserer Stadt brauchen und dass bestimmte Organisationseinheiten, die von Wels nach Linz abgesiedelt wurden, wieder zurückzuführen wären.

Zum Zweiten schließe ich mich aufgrund meiner Rechtskenntnisse jenen an, die meinen, die bisherige Rechtslage wäre ausreichend gewesen, um dieser Problematik begegnen zu können. Es stehen nämlich sowohl im Verwaltungsrecht als auch im Strafrecht genügend Normen zur Verfügung, um bei Gesetzesverletzungen, die schon da sein mögen, einschreiten zu können. Und ich verweise auch hier auf die Ausführungen des Kollegen Wimmer, der betonte, dass überall dort, wo es Übergriffe, eine Nichtbeachtung von Vorschriften, Verordnungen, Gesetzen gebe, selbstverständlich die SPÖ – für mich als Bürgermeister trifft das ebenfalls zu – nicht dafür sein kann oder dafür sein darf, dass den Dingen tatenlos zugeschaut wird. Aber andererseits wäre doch das bisherige Instrumentarium ausreichend gewesen, um diversen Dingen Herr zu werden.

Gewisse unterschiedliche Grundpositionen wird es in der Stadt immer geben, was mir von diversen Diskussionen her bekannt ist. Ein Teil der Bevölkerung meint, es müsse

alles in Richtung totaler Untersagung der Bettelei getan werden und ein anderer Teil ist der Auffassung, dass das unsere Gesellschaft in einem bestimmten Umfang aushalten muss. Dabei glaube ich persönlich, dass das eine Gesellschaft wie die unsrige letztendlich sehr wohl aushalten kann.

Noch ein Letztes: Wenn sie schon, Herr Kollege Csar, im Landtag – das ist ihr gutes Recht – mitstimmen, dann schauen sie bitte auch, dass wir dann, wenn wir vom Landesgesetzgeber gewisse Aufgaben übertragen erhalten – das trifft für den Bundesgesetzgeber genauso zu – zur Erfüllung die notwendigen finanziellen Mittel bekommen. Davon habe ich jedenfalls zuletzt nichts gehört oder gelesen. Und wenn wir jetzt bei der Ordnungswache beginnen, werden wir schon sehen, wie das weitergeht. Ich bin mir ziemlich sicher, dass immer mehr Aufgaben an die Städte und Gemeinden übertragen werden, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Aber das kann es wohl nicht sein! Wenn schon der Gesetzgeber meint, er habe etwas zu erfüllen oder zu verbessern und dass er dafür eine andere Organisationseinheit beauftrage, dann wird es wohl zu seiner Verpflichtung gehören, auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Herr Kollege Rabl! Selbstverständlich – das haben wir auch hier im Gemeinderat beschlossen – war ich im Vorjahr dafür, dass zumindest eine Ausweispflicht gegenüber den Organen der Ordnungswache bestehen müsste. Andererseits habe ich den Gemeinderat darüber informiert, dass das Land Oberösterreich auf unsere diesbezügliche Aktivität zurückgeschrieben hat, dass das überhaupt nicht in Frage komme, denn für die gesamte Sicherheitsthematik in der Stadt sei die Polizei zuständig. Auch aufgrund dessen bedarf es wohl jetzt keiner Kompetenzerweiterung für die Ordnungswache.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

StR. Kroiß: Es wurde jetzt sehr viel gesagt, erlauben sie mir aber doch zwecks Klärung noch einige Sätze.

Natürlich sind auch wir dafür, dass wir mehr Polizei in Wels bekommen. Wir unterstützen jeden Antrag, in dem es darum geht, mehr Dienstposten bei der Welser Polizei zu bekommen. Tatsache ist halt, dass momentan nicht mehr an Personal möglich ist.

Wenn aber seitens der SPÖ gesagt wird, es stelle ein Armutszeugnis für die Welser Polizei dar, dass diese Gesetzesnovelle beschlossen wurde, dann stimmt das nicht. Und Tatsache ist vielmehr, dass die Bevölkerung ein sehr großes Vertrauen in die Welser Polizei hat. Es soll hier also ein Nebeneinander geben, ein Nebeneinander von Ordnungswache und Polizei.

Das Gewaltmonopol wurde ebenfalls angesprochen und der Kollege Csar hat diesbezüglich schon Aufklärung gegeben. Es gibt ja auch Fischerei-Aufsichtsorgane und die haben ebenso das Recht, jemanden anzuhalten und einen Ausweis zu verlangen. Und das sollte auch der Ordnungswache zuzutrauen sein. Ich verweise auf unseren Antrag, wo eine Frist von zwei Monaten enthalten ist. Wir meinen eben, dass es innerhalb von zwei Monaten möglich sein müsste, das Personal der Ordnungswache so weit zu schulen, dass man diese Kompetenzen, die jetzt vom Gesetz her übertragen wurden, ausüben kann.



Alles andere, was hier gesagt wurde – da war von guten und bösen Bettlern die Rede, von Stimmungsmache, von einer unheiligen Allianz etc. kommentiere ich nicht mehr. Jedenfalls bin ich aber der Meinung, dass die Ordnungswache sehr wohl in der Lage ist, diese Aufgaben erfüllen zu können. Und Tatsache ist nun einmal, dass die Novelle zum Polizeistrafgesetz im Landtag so beschlossen wurde. Somit ersuche ich jetzt um Abstimmung über den Initiativantrag.

Der Initiativantrag (Anlage 20) wird mit

18 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 16 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

21.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zum Einbau von Heizungsanlagen in Mietwohnungen erlassen werden (Heizungseinbau-Förderungsrichtlinien 2011)  
DI-WoS-5001-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 10.03.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 21 beigefügten Heizungseinbau-Förderungsrichtlinien 2011 beschließen.

GR. Hoflehner: Das Ansinnen des Bau- und Wohnungsreferenten, heute diese Förderungsrichtlinien beschließen zu lassen, ist grundsätzlich begrüßenswert. Ich glaube, wir alle können es uns nicht mehr vorstellen, heutzutage noch in einem Mietwohnungsbau zu leben, wo es all die für uns alltäglichen Dinge wie eine eingebaute Heizung nicht gibt. Diesbezüglich ist die SPÖ-Fraktion sicher der gleichen Meinung wie der Bau- und Wohnungsreferent.

Dabei mag es auch gar nicht so von Bedeutung sein, dass es bei positiver Beschlussfassung trotzdem im Budget noch keine Mittel für die Bedeckung der zu erwartenden Anträge gibt. Hier kann das gute Verhältnis zwischen dem Herrn Stadtrat und dem Herrn Finanzreferenten sicher beitragen, dass schon heuer der vorsichtig geschätzte Bedarf in Höhe von 33.000 Euro – tatsächlich wissen wir noch nicht, wie das ankommt oder was effektiv gebraucht wird – abgedeckt werden kann. Für nächstes Jahr wird man sich sowieso noch richten können.

Was man aber sicher schon jetzt sagen kann – jetzt sind wir schon wieder beim Sozialthema, auf welches ja auch im Amtsbericht hingewiesen wird – ist Folgendes. In diesen Wohnungen – ich nehme an, sie kennen all die Wohnungen, um die es geht – wohnen sehr unterschiedliche Menschen, zumeist solche, die nicht gerade mit sehr hohen Geldmitteln ausgestattet sind. Das mag im einen oder anderen Fall anders sein – es wohnen dort auch sehr viele junge Menschen, das heißt, es gibt so etwas wie eine Veränderung in den betreffenden Wohngebieten – aber in der Regel gibt es gute Gründe dafür, dass gerade die Menschen dort wohnen, die eben dort zu Hause sind. Und diese Menschen werden sich den Maximalbetrag von 10.000 Euro – ich nenne einmal diesen Betrag, vielleicht wird er etwas niedriger ausfallen – den sie ja zuerst einmal vorfinanzieren müssen, bevor die Förderung einsetzt, nicht so ohne weiteres leisten können. Daher würde ich den Herrn Stadtrat und auch andere ersuchen, sich dieser Problematik anzunehmen, weil diese sehr wichtig ist.

Ist das wirklich ein wichtiges Thema, ein wirklich wichtiges soziales, bauliches und wichtiges Umweltthema, dann glaube ich, dass wir gemeinsam mit anderen – da denke ich an die Genossenschaften, an Geldinstitute – dafür sorgen sollten, wobei wir als Stadt Wels dies mit unserer heutigen Zustimmung schon tun, dass die Menschen, die dort wohnen, tatsächlich und nicht nur auf dem Papier in die Lage versetzt werden, diese Annehmlichkeiten, beispielsweise in Form einer modernen Heizungsanlage, umsetzen zu können.

StR. Dr. Rabl: Ich danke dem Klaus Hoflehner für die zustimmenden Worte und darf kurz etwas zur finanziellen Abwicklung sagen.

Es wurden bereits Gespräche mit der Genossenschaft geführt. In diesem Zusammenhang ist es offenbar sinnvoll, dass die Abwicklung über die Genossenschaft selbst erfolgt, einerseits um einen einheitlichen Standard zu gewährleisten, andererseits auch zwecks finanzieller Abwicklung, ohne dass es hier zu Komplikationen kommt. Ich bin zuversichtlich, dass das kein größeres Problem wird.

Was die notwendigen finanziellen Mittel zur Durchführung dieser Förderung betrifft, müssen noch Gespräche mit dem Finanzreferenten geführt werden, aber ich bin zuversichtlich, dass es eine Lösung für gute Projekte geben wird.

Der Antrag zu Punkt 21. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

22.)

Beleuchtungsprogramm 2011;  
Grundsatzbeschluss und Auftragsvergabe für Neuinstallationen sowie  
Kostenbeitrag für die Instandhaltung von Sonderanlagen  
(Mitverkabelung, Austausch von Holzmasten)  
BauD-BauH-21-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 10.03.2011:

1. Das als Anlage 22 beigefügte Beleuchtungsprogramm 2011 wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Neuinstallationen der Straßenbeleuchtung im Rahmen des Beleuchtungsprogrammes 2011 werden zu den Preisen der Angebote vom 14.12.2010/15.12.2010 und 26.02.2011 mit einer Nettokostensumme von € 166.658,20 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 33.331,64, somit insgesamt € 199.989,84 an die Elektrizitätswerk Wels AG, Stelzhamerstraße 27, Wels, vergeben.
3. Der Baureferent wird bei Notwendigkeit ermächtigt – das Einvernehmen des Bauausschusses vorausgesetzt – unter Einhaltung der beschlossenen Brutto-Gesamtkostensumme geringfügige Änderungen vorzunehmen.
4. Für die Instandhaltung der Sonderanlagen werden für das Jahr 2011 Geldmittel von € 300.000,-- zur Zahlung an die Elektrizitätswerk Wels AG, Stelzhamerstraße 27, Wels, genehmigt.

Einstimmig angenommen.

23.)

Welser Mühlbach;  
Umlegung und Renaturierung des Gewässerabschnittes im  
ehemaligen Papierfabrikgelände;  
Gewährung eines Investitionskostenzuschusses  
BauD-BauW-1002-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 10.03.2011:

1. Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für die Umlegung und Renaturierung des Welser Mühlbaches im Gelände der ehemaligen Welser Papierfabrik sowie der infrastrukturellen Maßnahmen in gleicher Höhe der Förderungszusage der Landesregierung, höchstens € 500.000,-- an die BS Liegenschaftsverwaltungs GmbH, Wels, Wiesenstraße 51.
2. Der Magistrat, Dst. Zivilrecht, wird beauftragt, einen entsprechenden Vertrag mit der BS Liegenschaftsverwaltungs GmbH und der TMG als Förderungsgeber abzuschließen.

StR. Lehner: Wir haben zu diesem Thema heute noch einen weiteren Tagesordnungspunkt, bei welchem der dazugehörige Flächenwidmungsplan bearbeitet wird. Ich meine, es ist hier wirklich gelungen, sowohl für die anliegenden Bewohner als auch für die dortigen Wirtschaftsbetriebe eine Verbesserung zu erzielen, andererseits der Natur ihren Platz zu geben. Mit einer Verlegung des Mühlbachs sind hier wesentliche Verbesserungen zu erzielen und in Summe denke ich, dass es sich hier um ein weitreichendes zukunftsträchtiges Projekt in unserer Stadt handelt.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Bei der Besprechung dieses Projektes im Ausschuss haben wir von den GRÜNEN uns der Stimme enthalten. Aus welchem Grund haben wir das getan? Grundsätzlich sind wir ja für die Renaturierung von Flüssen oder Bächen, aber im Ausschuss konnte eigentlich nicht erklärt werden, wofür diese 500.000 Euro, welche die Stadt Wels für dieses Projekt zuschießen soll, tatsächlich zum Einsatz kommen werden. Es hieß ganz einfach nur, dass für die Umsetzung dieses Projektes auch ein Zuschuss seitens der Stadt im Ausmaß von 500.000 Euro notwendig sei, aber wie viel davon tatsächlich in die Renaturierung geht oder wie viel davon dem Grundstückseigentümer, der letztendlich von dieser Bachverlegung profitiert, zugute kommt, das wurde nicht erklärt.

Der Bach wurde verlegt, ein Kleinkraftwerk wird erneuert und ein Fischaufstieg gemacht, der aber wegen des Kleinkraftwerks sowieso gemacht werden müsste. Aus den Unterlagen geht allerdings nicht hervor, was nun für welche Maßnahme tatsächlich notwendig war. Wie schon gesagt: Wenn die Stadt Wels die Renaturierung unterstützt und fördert, wird es dafür sicher unser Okay geben, aber andere Maßnahmen, die letztendlich dem Grundstückseigentümer zugute kommen und nicht der Stadt Wels, wollen wir nicht unterstützen.

StR. Dr. Rabl: Vielleicht noch etwas zur Aufklärung, wobei wir das im Ausschuss ebenfalls hörten. Diese 500.000 Euro werden nicht dazu verwendet, die Erneuerung des Kraftwerks in irgendeiner Weise zu fördern, sondern ausschließlich dafür, den Mühlbach auf einer Länge von 315 Metern zu verlegen, die ökologischen Randgebiete auszuweiten, eine Pufferzone zwischen dem Wohngebiet und dem Betriebsbaugelände einzurichten, um insgesamt eine Optimierung der Nutzung dieser Flächen zu ermöglichen. Das war ganz klar bzw. stand die Ökologisierung des Systems absolut im Vordergrund. Es gab jedoch keine Subventionierung irgendwelcher anderer Bereiche, insbesondere nicht des Kraftwerks.

Der Antrag zu Punkt 23. der Tagesordnung wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits, GR. Hoflehner, GR. Mag. Lehner und GR. Zittmayr-Hacker sind bei der Abstimmung zu Punkt 23. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

24.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr.134) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 101)  
BZ-BauR-3517-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 14.03.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 23 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (134. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (101. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

25.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr.136) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 103)  
BZ-BauR-3524-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 14.03.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 24 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (136. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (103. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

26.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 310/1.4 (Stadtteil: Vogelweide)  
BZ-BauR-3717-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 14.03.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 25 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 310/1.4 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

27.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Stadtteilentwicklungsprojekt Noitzmühle  
DI-Verf-073-2011

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Im Jahr 2009 wurde das Stadtentwicklungsprojekt Noitzmühle gestartet und es wurden in den letzten Monaten auch schon einige diesbezügliche Aktivitäten umgesetzt. So gibt es Sprechstunden für die dort ansässige Bevölkerung oder regelmäßige Zusammenkunftsmöglichkeiten für Kinder. Es gab ein Adventfest und ebenso ein Siedlungsfest. Über diese Veranstaltungen erfahren wir eigentlich immer nur etwas über die Medien. Ein tatsächliches Konzept oder ein Umsetzungsplan wurde allerdings im Gemeinderat noch nie präsentiert.

Jeder, der den Stadtteil Noitzmühle kennt, insbesondere den Bereich rund um den ehemaligen SPAR-Markt in der Föhrenstraße, weiß, dass dort ein dringender Handlungsbedarf besteht. Der Zustand ist dort desaströs und dieser Bereich bekommt immer mehr einen Ghetto-Charakter. Ich glaube nicht, dass Sprechstage und Feste ausreichen werden, dort die Wohnqualität zu verbessern.

Seit Jahren tauchen immer wieder Ideen und Konzepte dahingehend auf, wie man dieses Areal in der Föhrenstraße neu nutzen könnte, ein tatsächliches Konzept wurde jedoch im Gemeinderat noch nie vorgestellt; dies lässt nach wie vor auf sich warten.

Auch für Jugendprojekte bzw. im Kulturbereich gibt es zahlreiche Ideen, aber hier vermissen wir ebenfalls konkrete Vorschläge zur Umsetzung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle wissen, wie dringend wir Projekte für den Stadtteil Noitzmühle, insbesondere für das Areal des ehemaligen SPAR-Marktes brauchen. Wir Freiheitliche fordern daher die zuständigen Gremien auf, im Gemeinderat bis zum Herbst 2011 konkrete Entwicklungspläne für den Stadtteil Noitzmühle zu präsentieren, insbesondere Vorschläge für eine weitere Nutzung oder eine Nachnutzung des Areals in der Föhrenstraße.

GR. Reindl-Schwaighofer: Auch auf die Gefahr hin, dass die FPÖ in den nächsten Wochen herumerzählen wird, dass sie die Erfinderin der Stadtteilentwicklungsprojekte für die Noitzmühle ist, möchte ich ihnen jetzt ein paar Dinge erzählen, die sich in der Noitzmühle entwickelt haben.

Ich denke, sie werden es bereits den Medien entnommen haben, dass es ein Stadtentwicklungsprojekt in Form des Teams Noitzmühle gibt, das sich als Bürgerbeteiligungsprojekt versteht. In diesem Team, das sich zusammenfand, sind Mitbürgerinnen und Mitbürger aus dem Stadtteil tätig, die gemeinsam für die Weiterentwicklung des Stadtteils arbeiten. Dass es der SPÖ-Fraktion ein ganz wichtiges Anliegen ist, dass sich der Stadtteil Noitzmühle wieder entwickeln kann oder noch stärker ein lebenswerter Stadtteil wird, das beweist auch die Tatsache, dass mit der Frau Gemeinderätin

Lindlbauer und meiner Wenigkeit zwei SPÖ-Gemeinderatsmitglieder in diesem Team Noitzmühle mitarbeiten, sozusagen als gleichberechtigte Mitarbeiter. Wir machen auch mit, wenn es notwendig erscheint, in der Noitzmühle herumliegenden Müll einzusammeln.

Wie schon angesprochen, versucht das Team Noitzmühle gerade, so etwas wie einen Stadtteilcharakter zusammenzubringen. Wir möchten soziale Treffpunkte bekommen, wie möchten kulturelle Ausprägungen fördern, die in diesem Stadtteil wieder zu einer Belebung führen. So gab es im letzten Jahr eine Veranstaltung, in deren Rahmen wir einen Maibaum aufstellten, um beim Brauchtum in unserer Stadt anzuknüpfen. Es war damit auch der Versuch verbunden, aufgrund gewisser kultureller Ausprägungen, Personen mit Migrationshintergrund anzuziehen. Dann führten wir einen Adventmarkt durch, der sehr gut angekommen ist.

Wir versuchen also, derartige Dinge als Stätten der Begegnung zu entwickeln, und zwar gemeinsam als Bewohner der Noitzmühle. Vielleicht wissen sie, dass ich Bewohner der Noitzmühle bin und ich finde, dass die Noitzmühle ein sehr schöner Stadtteil ist, allerdings einer mit Problemlagen, worüber man gar nicht diskutieren muss.

Es gibt in der Noitzmühle auch Aktivitäten des Mosaiks, die zusammenlebensfördernd sind. Es gibt eine Mädchengruppe, es soll künftig Lerngruppen geben und wir haben Sprechstage für diverse Problemlagen, die sich in den Häusern entwickelten. Wir haben dort die Mediation im öffentlichen Raum.

Es wird demnach sehr viel gemacht, aber neben diesen „weichen“ Faktoren ist es uns als SPÖ-Fraktion wichtig, eine Aufwertung des Stadtteils zu erreichen, indem wir in der Infrastruktur Maßnahmen setzen. Sie wissen ja, dass wir in der Stadt Wels vor geraumer Zeit eigentlich gemeinsam die Entscheidung trafen, mit den Alten- und Pflegeheimen in die Stadtteile hinauszugehen. Und so haben wir vor, dort, wo sie diesen Platz an der Föhrenstraße angesprochen haben, solch ein APH hinzubauen und auch sonst die Infrastruktur zu verbessern. Wir möchten das Jugendzentrum vom Keller der Volkshochschule aussiedeln und einen Neubau im Bereich Eibenstraße/Ulmenstraße errichten, wo es einen großen freien Platz gibt und keine direkten Anrainer vorhanden sind. Wir wissen, dass im Umfeld von Jugendzentren doch eine gewisse Problematik gegeben ist, nämlich allein schon von der Lärmentwicklung her, etwa beim Zu- oder Abfahren mit Mopeds bzw. mit Mofas.

Wir wollen weiters erreichen, dass sich private Investoren stärker in diesem Stadtteil engagieren. Wir haben dort ungefähr eine Bevölkerung in der Größenordnung von 6.000 Personen und mit der Absiedlung der Sparkasse stehen wir vor der Situation, dass dort nicht einmal mehr Bankgeschäfte erledigt werden können; es gibt nicht einmal einen Bankomat.

Derzeit gibt es aber noch eine Apotheke und wir hoffen, dass wir diese in Hinblick auf ein APH dort halten können und es gibt gegenüber das Vorhaben – neben dem Ziel, für jene, die sich dort besser auskennen – ein Ärztezentrum privat zu errichten, auch irgendwie mit Fachmärkten angereichert.

Es tut sich also etwas in diesem Stadtteil und wir sind dabei, diesen gemeinsam zu entwickeln. Noch einmal: Es gibt diese Bürgerbeteiligungsmaßnahmen, die voll im Gang sind und die sehr viele Menschen bewegen, aber auch beteiligen und es muss

jetzt auch noch infrastrukturelle Programme oder Aktivitäten der Stadt geben, damit Verschiedenes vorangetrieben werden kann.

Und jetzt hätte ich fast darauf vergessen, auch noch einen Antrag zu stellen.

Ich möchte also jetzt noch den Antrag zur Geschäftsordnung stellen, dass wir diesen vorliegenden Initiativantrag dem Präsidial- und Integrationsausschuss zuweisen, weil bisher über all diese Geschichten in diesem Ausschuss diskutiert wurde, wo sie auch hingehören.

Die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer bringt folgendes Ergebnis:

Der Initiativantrag (Anlage 26) wird an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung mit

18 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 13 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion sowie GR. Mag. Teubl  
und GR. Dipl.-Ing. Leitinger)  
und 1 Stimmenthaltung (GR. Bauer)

verwiesen.

Bgm. Dr. Koits und GR. Hoflehner sind bei der Abstimmung zu Punkt 27. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderätin Christa Raggl-Mühlberger

28.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Agenda-21-Prozess  
DI-Verf-074-2011

GR. Raggl-Mühlberger: Die FPÖ unterstützt das Projekt Agenda 21 und hat keinerlei Ambitionen, den laufenden Prozess generell zu stoppen, sondern wir wollen nur in dem dafür zuständigen Gremium über die einzelnen Projekte diskutieren. Genau darum verstehe ich die Aufregung nicht, die unser Antrag hervorruft. Die Agenda 21 dient der Ideenfindung in Hinblick auf die Attraktivierung der Innenstadt. Diese Ideen sollen nun dem Gemeinderat vorgestellt, also in einem Gremium diskutiert und dann beschlossen



werden. Allerdings wurde bisher weder im Stadtsenat noch im Gemeinderat ein Beschluss zu einem dieser Projekte gefasst. Eine politische Auseinandersetzung mit dem Thema ist aber wünschenswert und nur als positiv anzusehen. Eine allgemeine Diskussionsverweigerung ist jedenfalls nicht zielführend.

Ich möchte kurz anmerken, dass es für mich schon sehr verwunderlich ist, wenn Herr Stadtrat Lehner bei der letzten Gemeinderatssitzung die Wege hervorhob, die vom Welios in die Innenstadt führen und somit zur Frequenzerhöhung beitragen sollen. Für die Anbindung oder Bewerbung ist nur ein Ansatz von 10.000 Euro vorgesehen, und das auch nur im Rahmen des Stadtmarketingbudgets. Diese Kampagne beinhaltet Gutscheine für ein Eis sowie Einkaufsgutscheine für den Bereich gekennzeichnete Wege zwischen Welios und Innenstadt. Es ist demnach nicht so, dass hierfür extra Geld in die Hand genommen wird. Somit zeigt sich auch irgendwo die Wichtigkeit, die Herr Stadtrat Lehner diesem Projekt zukommen lässt.

Laut Wirtschaftsreferent fordert die FPÖ – hier werden namentlich die Frau Gemeinderätin Josseck-Herdt und ich genannt – sogar den generellen Stopp des Agenda-21-Prozesses. Anscheinend haben sie den heute vorliegenden Antrag nicht richtig oder zu eilig gelesen, aber ich erkläre ihnen gerne den Unterschied zwischen „endgültig“ und „vorübergehend“. So viel also zum Thema Populismus.

Wels hat ein massives Frequenzproblem und verliert an Attraktivität. Das sind Probleme, die es zu lösen gilt und dabei sollten wir sehr genau hinschauen, nämlich für welches Projekt wir Geld ausgeben. Welche Maßnahmen helfen uns wirklich, Wels wieder interessant zu machen? Wie bekommt Wels wieder ein positives Image? Nur durch eine qualitative Diskussion kommen wir diesem Ziel einen Schritt näher.

GR. Bauer: Also, mit der Bedeutung des Wortes „vorübergehend“ ist es schon so eine Sache. In Japan gibt es beispielsweise momentan eine vorübergehende Kernschmelze, was immer das auch ist. Sie verlangen also, dass dieser Prozess gestoppt wird, auf der anderen Seite aber doch wieder nicht, wobei das irgendwie doch ein bisschen verwirrt.

Es gab im Februar eine Präsentation zur Innenstadtagenda 21, zu welcher alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eingeladen wurden, so auch die FPÖ-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte. Dort wurden meines Wissens nach alle im Raum stehenden Projekte präsentiert und sie hatten ebenfalls die Möglichkeit, sich die Dinge sozusagen vor Ort anzusehen und mit den Menschen, die an diesem Prozess teilnehmen, zu diskutieren.

Was mich weiters wundert, ist Folgendes. Da gibt es doch eine Agenda-Kerngruppe, in welcher alle Parteien vertreten sind, so auch die FPÖ. Dort wird über die verschiedenen Projekte diskutiert bzw. wird dort darüber entschieden, welche Projekte weitergeführt werden oder umgesetzt und wie viel Budget dafür veranschlagt wird. Sehr viele Projekte stehen bereits kurz vor der Umsetzung, beispielsweise die Abhaltung der Kulturkonferenz. Ganz konkret wird diese am 20. und 21. Mai durchgeführt und man geht schon in die Detailplanung dafür; es wird an der Werbung gearbeitet etc. Ich finde, es wäre ein fatales Zeichen, diesen Prozess jetzt zu stoppen.

Genauso ist es bei der Traun-Gruppe. Hier steht man ebenfalls kurz vor der Umsetzung eines Traunbads und eines Badeplatzes am Mühlbach.

Sehr interessant ist, dass sich Herr Stadtrat Kroiß, wie ich erfahren habe, öffentlich zur Kulturkonferenz äußert, nämlich über Facebook, was mir gefällt. Andererseits wundert es mich, wenn offenbar auch sie diesen Prozess stoppen wollen.

Zwischenruf Stadtrat Kroiß: Vorübergehend!

GR. Bauer: Ja, vorübergehend! Und das alles kommt von einer Partei des kleinen Mannes. Sie wollen also haben, dass ein BürgerInnen-Beteiligungsprozess gestoppt wird, der, wie gesagt, kurz vor der Umsetzung steht, wobei das eigentlich ein Schlag ins Gesicht all jener ist, die sich an diesem Prozess beteiligen.  
(Applaus von den Publikumsreihen!)

GR. Reindl-Schwaighofer: Mich wundert es, dass die Frau Gemeinderätin Raggl-Mühlberger heute eigentlich im Gegensatz zur letzten Sitzung mit Engelszungen gesprochen hat. Sie hat ja das letzte Mal noch Dinge in Richtung Sinnhaftigkeit angezweifelt, jetzt hat sie diese aber ein bisschen umschrieben. Ich denke mir, dass in der Zwischenzeit der Gegenwind aus Kreisen, die sie selbst kennt, stark genug war.

Insgesamt denke ich mir, dass das wieder ein wunderbares Beispiel dafür ist, dass man es schafft, Bürgerinnen und Bürger, die sich in einem Bürgerbeteiligungsprozess engagieren, wie es ihn wohl in den letzten Jahren nicht gegeben hat, vor den Kopf zu stoßen. Wir leben doch als Stadt oder als Gemeinschaft vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, wir feiern gerade das Jahr des Ehrenamtes und sind alle dazu bereit, in Sonntagsreden die Bedeutung des Ehrenamtes zu würdigen, aber wenn es darum geht, diese Projekte, welche die Bürgerinnen und Bürger entwickelten, zu unterstützen, werden wir auf einmal kleinmütig, wir beginnen zu zweifeln und gehen aus ideologischen Gründen zu manchen Fragen auf Distanz. Ich meine, es ist das ein schändliches Spiel, wenn ich daran denke, dass ich selbst in der Kerngruppe tätig bin, genauso wie dort jemand von der FPÖ-Fraktion sitzt, der allerdings nichts dagegen sagte, nichts von einem vorübergehenden Stopp sprach. Sie müssten sich meines Erachtens schon überlegen, welche Leute sie wohin entsenden, weil wir brauchen ja dort und da auch eine gewisse Verbindlichkeit. Es kann doch nicht sein, dass ihr, wenn ihr dem Fraktionsvorsitzenden über solche Dinge berichtet, in weiterer Folge ausgesandt werdet, um gegen solch wichtige Prozesse in unserer Stadt zu arbeiten. Das ist eine Vorgangsweise, die uns als Stadt oder als politisches Gremium Gemeinderat nicht weiterbringt.

Wir als Sozialdemokratische Fraktion stehen ganz klar hinter den entwickelten Projekten und wir sind der Meinung, dass dieser Prozess unsere Stadt gut weiterbringen wird. Und wir wollen nicht haben, dass die Projekte durch kleinliches Gezänk verzerrt oder schlechtgemacht werden.

StR. Lehner: Ich möchte zuerst wieder die Gelegenheit nutzen, um mich bei den Welserinnen und Welsern zu bedanken, die an diesem Agenda-Prozess mitarbeiten. Die Menschen werden ja zur Beteiligung eingeladen und es bekennen sich doch ziemlich viele Menschen trotz mehrerer Enttäuschungen bei früheren Beteiligungen an ähnlichen Vorgängen dazu, ihre Freizeit, ihren Mut, ihre Kraft in zukunftssträchtige Prozesse in Wels zu investieren. Sie haben sich überzeugen lassen bzw. haben wir uns auf Spielregeln geeinigt, wobei dieser Agenda-Prozess vom Land unterstützt wird. Es hat etwas mit der Mündigkeit der Bürger zu tun, sich in bestimmten Gruppen zu finden und Ideen oder Projekte zu entwickeln, die wir in weiterer Folge als Politik unterstützen.

Wir haben doch als Politik in einem gemeinsamen Lenkungsausschuss, in einem sogenannten Agenda-Kernteam, die Vorgänge von Anfang an begleitet und die Projekte mitbedacht oder mitbetreut. Wir haben auch motivierend, vielleicht bremsend eingegriffen, wenn wir uns beispielsweise dachten, dass uns gewisse Dinge als Politik womöglich finanziell überfordern etc. Dabei waren alle Fraktionen eingebunden und es wurde immer im Konsens entschieden bzw. gab es immer die Einstimmigkeit. Ich denke, auf diese Art und Weise wurde bei den Welserinnen und Welsern ein großes Vertrauen entwickelt und so haben sie vielleicht noch stärker zur Entwicklung der Projekte beigetragen.

Wenn wir jetzt einige Wochen davor stehen, dass einige Projekte realisiert werden, jetzt aber ein Antrag in den Gemeinderat kommt, nämlich dahingehend, dass dieses Denken, Mitarbeiten, dieses Engagieren für Wels vorübergehend zu stoppen ist, dann frage ich mich, worüber eigentlich die Freiheitlichen sprechen. Sprechen sie von Automaten, von Dingen, die wir ein- und ausschalten können oder vom Engagement verschiedener Welserinnen und Welsers, die sich hier ehrenamtlich engagieren. Ich denke, wir dürfen nie vergessen, dass es sich jene Welserinnen und Welsers, die sich im Agenda-Prozess engagieren, verdient haben, dass wir die vorgeschlagenen Projekte, auch wenn sie uns nicht alle zu 100 Prozent gefallen, gemäß unserem Versprechen nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen und umsetzen. Das war Teil der Spielregeln am Anfang, die jeder kannte und die in den Agenda-Teams erklärt wurden, ebenso im Kernteam und es wurde das Agenda-Projekt vor einem Jahr dem Gemeinderat vorgestellt, wobei es die volle Zustimmung gegeben hat.

Also, wie das jetzt mit dem Stoppen funktionieren soll und dann mit dem neuerlichen Aufdrehen, das erscheint vollkommen unverständlich und ist daher abzulehnen. Abgesehen davon wäre das wirklich eine Beleidigung für jene Welserinnen und Welsers, die sich hier engagieren.

Und wenn man das Ganze auch noch vermischt mit irgendwelchen Beschilderungen hin zum Welios oder vom Welios in den engeren Innenstadtbereich bzw. mit irgendwelchen Marketingsaktionen, dann muss ich Folgendes betonen. Wir als ÖVP Wels bekennen uns intensiv zum Welios und ich bin schon der Meinung, dass wir im Hinblick auf einen Erfolg in unseren Bereichen all jene Schritte setzen sollten, die wir für machbar halten. Wir stehen jetzt gut zwei Wochen vor der Welios-Eröffnung und hörten heute, dass dankenswerterweise nun auch die Spitze des Ledererturms beleuchtet werden soll, nur meine ich, dass man das vielleicht schon vor einem halben Jahr und außerdem viel größer und bombastischer machen hätte können; das wäre kein Nachteil gewesen.

Und für die Beschilderung hin zum Welios oder zurück ins Stadtzentrum ist doch so wie für andere Beschilderungen unser Verkehrsstadtrat zuständig und ich frage, wo denn jetzt die Verkehrsschilder sind, die uns zum Welios führen.

Zwischenruf StR. Kroiß: Die gibt es schon!

StR. Lehner: Also, ich habe sie jedenfalls in großem Stil noch nicht gesehen.

Zwischenrufe: Die stehen schon!

Vzbgm. Wimmer: Ja, aber nicht in der Innenstadt!

StR. Lehner: Ich hab' sie noch nicht gesehen und etwas anderes kann ich daher im Moment nicht sagen. Wenn es aber die Nicht-Welser so wahrnehmen, dass sie sowieso ohne Probleme zum Welios finden, dann ist das meines Erachtens sehr positiv.

Abgesehen davon haben wir auch sonst einige Beschilderungen in Wels – hierfür ist ebenfalls der Herr Stadtrat zuständig – die nicht mehr in allen Bereichen nach etlichen Jahren dem entsprechen, was heutzutage wirklich der Fall ist bzw. mündet nicht mehr alles dort, wo uns die eine oder andere Beschilderung hinbringen soll.

Wie ich schon sagte, kann man all diese Dinge miteinander vermischen und es gibt dort und da etwas Besseres, aber eines ist wohl klar: Wir sollten nicht diese Themen dazu nutzen, um Populismus zu betreiben im Gemeinderat. Vielmehr sollten wir die Themen, die für die Stadt wichtig sind, gemeinsam konstruktiv besprechen, zu Lösungen finden und die Lösungsvorschläge dann auch gemeinsam umsetzen. Das funktioniert bei den meisten Themen sicher sehr gut, wie wir heute bei vielen Punkten, die auf der Tagesordnung stehen, feststellen können – da gibt es sehr häufig eine Einstimmigkeit – aber leider passiert es halt auch, dass bei solch einem wichtigen Punkt, bei dem es um die Einbindung der Bevölkerung geht, der Populismus zu Tage tritt. Das ist der falsche Ansatz und es verdienen sich die Welserinnen und Welser diese Vorgangsweise nicht.

GR. Reindl-Schwaighofer verlässt die Sitzung um 17.55 Uhr.

StR. Dr. Rabl: Damit man diesen Antrag, den wir Freiheitliche aus meiner Sicht durchaus berechtigt gestellt haben, versteht, muss man zuerst die Phasen, die mit diesem Agenda-Prozess beschlossen wurden, replizieren.

Es sollte vier Phasen geben. Nach der Ideenfindungsphase sollte es eine Phase 4 geben und dazu steht auf der Homepage zur Innenstadtagenda 21 bezüglich Umsetzung: Abwarten der Beschlüsse im Gemeinderat. Und das ist aus meiner Sicht genau der Punkt, der es notwendig macht, über diese Angelegenheit zu diskutieren.

Natürlich möchte ich mich ebenfalls bei all jenen bedanken, die bei diesem Agenda-Prozess mitgemacht haben, denn schließlich ist es ja nicht selbstverständlich, dass man seine Freizeit bei solchen Dingen verbringt. Es haben sich viele engagierte Welser daran beteiligt – ein paar davon sitzen heute in den Zuhörerreihen – und man weiß, dass manche nicht nur viel Engagement, sondern teilweise sogar eigenes Geld in ihre Ideen hineinsteckten. Aber nichtsdestotrotz gibt es irgendwann einen Zeitpunkt, zu welchem zumindest seitens des Agenda-Teams diverse Projekte fixiert sind. Und da finde ich es irgendwo eigenartig, dass es zwar eine Pressekonferenz gibt, an welcher Bürgermeister Dr. Koits, Stadtrat Lehner und Landesrat Rudi Anschober teilnehmen – da wird vorgestellt, was man so besprochen hat bzw. was man machen möchte – und es wird bei dieser Gelegenheit den Leuten suggeriert, dass all diese Projekte umgesetzt werden, was aufgrund der herrschenden Mehrheitsverhältnisse durchaus so sein kann, aber ich glaube trotz allem, dass auch die Politik irgendwann eingebunden werden sollte, das heißt, die Welser Politiker sollten nicht bloß aus den Medien erfahren müssen, was konkret beim Agenda-Prozess passiert bzw. wie nun konkret vorgegangen werden soll. Ich möchte betonen, dass sicher viele Dinge, die im Rahmen des Agenda-Prozesses an den Tag kamen, unterstützenswert sind, was im Bereich der Kultur beginnt und es hat schon Sinn – ich habe mich erst letzten Sonntag sehr intensiv mit Ingo Kagerer darüber unterhalten, wie er denn gewisse Dinge meint – beispielsweise im Traun- oder Mühlbachbereich etwas umzusetzen, aber andererseits hätte ich

diesbezüglich auch einmal gern von den zuständigen Leuten etwas in den politischen Gremien erfahren.

Komisch finde ich es darüber hinaus, wenn gesagt wird, dass dafür dieser Betrag und dafür jener Betrag zur Verfügung gestellt wird. Es ist zwar sinnvoll, auch über die Finanzierung zu reden, weil ohne finanzielle Mittel wird kaum etwas umzusetzen sein und mir ist schon klar, dass der Ingo Kagerer nicht selbst 25.000 oder 20.000 Euro bekommt, sondern logischerweise eine Abwicklung über die Stadt erfolgt und bei der Stadt ein Finanzierungspool zur Verfügung steht, aber trotzdem hätte ich gern einmal in den zuständigen Gremien darüber diskutiert. Ich finde es einfach falsch, dass der Herr Stadtrat Lehner und der Herr Bürgermeister an den politischen Gremien vorbei darüber bestimmen, was kommt oder wie es funktionieren soll. Bitte, dafür habe ich doch die politischen Gremien! Dafür habe ich einen Stadtsenat und einen Gemeinderat. Und es steht im vorbereitenden Papier zum Agenda-Prozess bzw. auf der Homepage, dass die politischen Gremien die diesbezüglichen Beschlüsse fassen müssen, aber diese wurden von ihnen bisher nicht gefasst! Das ist es, was mich verwundert und auf diese Art und Weise kommt es halt zu einer Diskrepanz. Auf der einen Seite wird formuliert, dass die Beteiligten alles bekommen und dass eh alle wunderbar ist, bestens und finanziell abgesichert, andererseits gibt es diesbezüglich noch keine politischen Beschlüsse. Wie gesagt, ich zweifle nicht daran, dass diese Beschlüsse zustande kommen, aber ich halte es von der Kommunikation her für falsch, wenn hier umgekehrt gehandelt wird. Richtig wäre es meines Erachtens, nach Abschluss des Ideenfindungsprozesses den Gemeinderat oder den Stadtsenat zu informieren. Ist dieser Informationsprozess abgeschlossen, dann muss man auch noch die entsprechenden Beschlüsse fassen. Liegen diese Beschlüsse vor, kann man sagen: Und jetzt bitte machen! So wäre das eine gute Vorgangsweise.

Stellen sie sich einmal vor – ich möchte eigentlich gar nicht daran denken und es ist das auch nicht so geschehen – im Rahmen dieser Innenstadtagenda wäre beschlossen worden, dass die Ringstraße zu untertunneln sei. Auch wenn man dies für einen überlegenswerten Gedanken hielte, wäre es schon aus Finanzierungsgründen heraus nicht möglich, solch einer Idee die Zustimmung hinsichtlich Realisierung zu geben.

Also, es geht uns jetzt tatsächlich nur darum, einen Zwischenstand zu eruieren, eine Information darüber zu erhalten, wie weit wir eigentlich sind, um dann fortzufahren. Es geht um nicht mehr, aber auch nicht um weniger. Ich glaube, man kann die Vorgangsweise auch so verstehen, wie ich das eben schilderte.

Keinesfalls geht es darum, den Agenda-Prozess abzuwürgen. Wir sind immer für eine Bürgerbeteiligung eingestanden bzw. dafür, dass aus der Bevölkerung Ideen kommen, die in der Folge auch umgesetzt werden sollten. Wir sind immer für frische Ideen eingestanden, also für Ideen, die sich nicht aufgrund eingefahrener Wege der Politik formulieren. Und so kann man eben in Zusammenhang mit dem laufenden Prozess nicht oft genug betonen, dass etwas Tolles geleistet wurde. Man kann nicht oft genug sagen, dass das Engagement in jeder Hinsicht, sei das nun im Bereich der Kultur, des Eventmanagements, der Naherholung, des Lebensraums Traun etc. ein begrüßenswertes war. Trotzdem würde ich mir erwarten, dass die zuständigen Referenten auch einmal die Politik darüber informieren, wie es dort abläuft oder welche Beschlüsse gefasst wurden. So wie es im Agenda-Prozess drinsteht, tut es uns leid, dass es bisher nicht passiert ist.

Und ich muss schon auch einmal sagen, dass wir nicht alle Projekte, von denen die Rede ist oder die vorgestellt wurden, für durchführungs- und umsetzungswert halten. Es sei auch einmal gesagt, dass es zwar gut ist, wenn Themen oder Ideen gefunden wurden, aber andererseits halten wir nicht jedes Projekt tatsächlich für umsetzenswert. Ich halte es schon für problematisch – und da gehe ich jetzt noch etwas auf die vorgeesehenen Wege oder Projekte ein – zu sagen: Machen wir einen Römerweg. Aus meiner Sicht gibt es nämlich den Römerweg schon, aber was jetzt konkret kommen soll, kann ich selbst nicht sagen, weil das noch nicht so genau feststeht. Ich halte es auch für problematisch, einen Erinnerungsweg zu errichten.

Zwischenrufe: Ah! Jetzt wissen wir es!

StR. Dr. Rabl: Ich weiß schon, dass es sehr leicht ist, alles auf das Ideologische herunterzubrechen, aber ich hätte gerne auch über diese Themen diskutiert. Und ich finde es falsch, wenn man sich einem derartigen Diskussionsprozess in der Politik nicht stellt, sondern ganz im Gegenteil alles auf einen Lenkungsausschuss verweist, um die Sache ja ruhig zu halten. Das mag in Ordnung sein, aber nicht für uns. Wir wollen vielmehr in den Gremien darüber diskutieren, also dort, wo das alles hingehört. Und hingehören tut das in den Gemeinderat und in den Stadtsenat. Dort würden wir uns solch eine Diskussion wünschen.

Vzbgm. Wimmer: Ich danke für diesen Beitrag und die Aufklärung. Wir nehmen zur Kenntnis: Stoppen heißt nicht abwürgen!

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte festhalten, dass für mich oder für die SPÖ ein Stoppen nicht mehr in Frage kommt. Es käme das nämlich einer Zeitverzögerung und einem Verschleppen des gesamten Prozesses gleich. Und außerdem würde damit verbunden sein, dass die Arbeit, die bislang von vielen in unserer Stadt geleistet wurde, herabgewürdigt wird.

Wir sind die erste Statutarstadt in Österreich, die einen Agenda-Prozess in die Wege leitete, einen Prozess, der in jeder Phase transparent war und es hatten in jeder Phase sowohl die einzelnen Fraktionen als auch die Bürger die Möglichkeit zur Partizipation. Und ich muss sagen, dass überall dort, wo ich anwesend war – ich war bei allen Entscheidungen anwesend – auch seitens der FPÖ die Zustimmung kam. Sogar bei der groß angelegten Diskussion am 31.01.2011, bei der ich mir übrigens eine größere Präsenz seitens ihrer Gemeinderatsfraktion erwünscht hätte, wurde alles einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wir haben uns doch selbstverständlich darauf geeinigt, dass der Lenkungsausschuss, ist gleich Kernteam, die Strategie festlegt und sagt: Dieses oder jenes Projekt verfolgen wir weiter, das eine oder andere Projekt stoppen wir. Letzteres ist ebenfalls einstimmig geschehen, nur wurde das alles offenbar in ihrer Fraktion nicht in dem Ausmaß transportiert, wie das wünschenswert erschiene. Ich kann dazu nur sagen: Leider ist das nicht geschehen.

Es wurde dort auch über diverse Summen gesprochen. Und selbstverständlich wurde betont, dass jedes Projekt je nach Zuständigkeit entweder in den Stadtsenat oder in den Gemeinderat kommt. Das ist doch wirklich eine Selbstverständlichkeit, über die wir nicht einmal ein Wort oder einen Satz verlieren müssen. Und selbstverständlich wird jeder Referent – da nehme ich den Kulturbereich her mit der Kollegin Eisenrauch bezüglich

der Kulturkonferenz, die Kollegin Silvia Huber in Bezug auf den Jugendbereich, wo es ein Thema gibt, das sich „Wem gehört die Stadt“ nennt oder ich erwähne den Herrn Dr. Wieser in Hinblick auf den Grünbereich – in die Geschehnisse eingebunden und es wird letztlich jeder das Sagen haben, weil es klarerweise im Endeffekt um das nötige Geld geht. Ebenso ist es jedoch selbstverständlich, dass die Bürger nicht nur eine Idee einbringen, sondern auch am Umsetzungsprozess irgendwie teilnehmen oder eingebunden sein wollen. Irgendwo ist es doch das Schöne daran, dass sie auch am Umsetzungsprozess teilnehmen können. Diese Bürger haben sicher nach einem oder nach eineinhalb Jahren irgendwo ein Anrecht darauf, nachzufragen, wie es denn bei diesem oder jenem Projekt eigentlich abläuft oder weitergeht. Die Frage ist also für die Bürger jene, ob sie dem Kernteam bzw. der Politik vertrauen können. Falls hier mit dem Vertrauen etwas schief geht, dann kann man wohl in Zukunft für unsere Stadt einen Agenda-21-Prozess vergessen, weil alles zunichte gemacht wurde.

Daher sage ich nochmals, dass ich solch einen Stopp als Bürgermeister, soweit mit das eben möglich ist, nicht zulassen werde. Vielmehr werde ich alles ausschöpfen, damit dieser Prozess zu einem positiven Ende geführt wird und die Bevölkerung das Gefühl hat, dass sie tatsächlich in Gemeinsamkeit mit der Politik etwas bewegen oder bewirken konnte, nämlich im Interesse der 60.000 Menschen, die in unserer Stadt wohnen.

Noch einmal: Machen wir bitte diesen Prozess nicht kaputt durch solche Anträge, die null Komma Josef bringen.  
(Beifall aus den Zuhörerreihen!)

Vzbgm. Wimmer: Ich danke dem Bürgermeister für seine Wortmeldung und möchte festhalten, dass in diesem Gremium Akklamationen eigentlich nicht vorgesehen sind. In diesem Ausnahmefall kann man es aber vom Vorsitz her tolerieren!?

Eines kann ich aber nicht mehr tolerieren, nämlich wenn der Herr Bürgermeister ausführt, dass auch etwas zu Herrn Dr. Wieser kommt. Geht es nämlich ums Geld, erfüllt mich solch eine Aussage mit Schrecken.

GR. Raggl-Mühlberger: Ich möchte nochmals betonen, was ich auch schon zuletzt in der „Aktuellen Stunde“ sagte, nämlich dass die FPÖ sehr wohl für die Agenda 21 ist und dass wir sehr wohl den Bürgern für ihre freiwillige Arbeit danken möchten. Das habe ich bei der letzten Gemeinderatssitzung in der „Aktuellen Stunde“ sehr wohl zum Ausdruck gebracht.

Dass man allerdings über diverse Projekte sehr wohl diskutieren können sollte, fände ich doch absolut gut und vom politischen Interesse her verständlich. Wir wollen nicht den Prozess abwürgen, sondern lediglich über jene Dinge diskutieren, die jetzt anstehen. Wenn die Kulturkonferenz schon im Mai stattfinden soll, dann gehörte doch ein Beschluss gefasst. Im Mai ist es mit dieser Konferenz schon so weit und da müsste es doch rechtzeitig einen Beschluss geben. Danke!  
(Beifall!)

Der Initiativantrag (Anlage 27) wird bei

11 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 22 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Reindl-Schwaighofer ist bei der Abstimmung zu Punkt 28. der Tagesordnung nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

29.)

Jahresbericht 2010 der Kontrolle und Revision (gem. § 39 Abs. 3 StW.)  
MD-IR-4-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 28.02.2011, der Gemeinderat möge den als Anlage 28 beigefügten Jahresbericht 2010 der Kontrolle und Revision zur Kenntnis nehmen.

Einstimmig angenommen.

GR. Reindl-Schwaighofer ist bei der Abstimmung zu Punkt 29. der Tagesordnung nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Zu den Tagesordnungspunkten 30. und 31.:

Bgm. Dr. Koits: Ich darf ihnen vorweg bekannt geben, dass mich der Berichterstatter darum ersuchte, zuzulassen, dass die Punkte 30. und 31. gleichzeitig vorgetragen und diskutiert werden. Ich darf mir erlauben, dies mit ihrem Einverständnis zuzulassen. Die Abstimmung über diese beiden Tagesordnungspunkte erfolgt separat.



30.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Öffnung der Einbahn in der Eisenhowerstraße  
DI-Verf-076-2011

sowie

31.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Öffnung der Einbahn in der Roseggerstraße  
DI-Verf-077-2011

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Punkte 30. und 31. betreffen die Einbahnregelungen in Wels und gestatten sie mir bitte, den Inhalt dieser Punkte kurz vorzustellen.

Einer der Hauptkritikpunkte, die man als Welser von Bewohnern der Umlandgemeinden zu hören bekommt, betrifft die Übersichtlichkeit der Verkehrsführung in unserer Stadt. Diese Frage, die uns Welserinnen und Welser aus der alltäglichen Gewohnheit heraus kaum noch bewusst ist, schreckt bis heute viele davon ab, in die Welser Innenstadt hereinzukommen.

Die vielen Einbahnführungen, die Wels hatte und zum Teil noch hat, waren ein Relikt eines uralten Verkehrskonzeptes, das zu einer Zeit erstellt wurde, als Einbahnen ungefähr so modern waren wie es heute Kreisverkehre sind. Dieses Verkehrskonzept – soweit ich weiß, wurde dieses seinerzeit von Herrn Dr. Knoflacher erstellt – schuf einen Einbahnring um die Innenstadt, der von den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt meist als Einbahnzirkus bezeichnet wurde.

Am 11. Dezember 2006 wurde im Gemeinderat der Stadt Wels das von Dipl.-Ing. Joachim Kleiner entwickelte Verkehrskonzept für die Welser Innenstadt beschlossen, das diesem Missstand ein Ende bereiten sollte. In den letzten Jahren wurden nun schon einige Einbahnen für den Gegenverkehr geöffnet. Das war in der Pollheimerstraße der Fall, in der Volksgartenstraße und schließlich auch in der Dr.-Groß-Straße sowie im nördlichen Teil der Roseggerstraße. All diese Einbahnführungen haben sich bewährt und sie sind uns inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden.

Ein anderer Teil dieses Verkehrskonzeptes wurde aber bis heute nicht realisiert, nämlich die vollständige Öffnung der Roseggerstraße in beiden Richtungen. Verkehrsstadtrat Gerhard Kroiß von der FPÖ ignoriert in diesem Punkt das Verkehrskonzept und somit einen gültigen Gemeinderatsbeschluss. Er hat bereits mehrmals öffentlich verkündet, sich darüber hinwegsetzen zu wollen, weil er eben diese Einbahnregelung aufrecht erhalten will. Damit fehlt aber ein wichtiger Bestandteil des Verkehrskonzeptes von 2006, dessen Vorteile somit noch nicht zur Gänze zum Tragen kommen konnten. Nach wie vor zwingen wir den Autoverkehr, der aus der Neustadt kommt und in Richtung Stadtplatz, Messegelände oder Thalheim unterwegs ist, zu einem Umweg durch die

Innenstadt. Damit wird zusätzlicher Verkehr geschaffen, Treibstoff verschwendet und die Umwelt sinnlos belastet. Eine Stadt der kurzen Wege sieht anders aus.

Deshalb möchten wir mit unserem Antrag zu Punkt 31. der Tagesordnung Herrn Stadtrat Kroiß einen klaren Auftrag erteilen. Dieser Antrag lautet: „Der Verkehrsreferent Stadtrat Gerhard Kroiß wird aufgefordert, den Gemeinderatsbeschluss zur Öffnung der Einbahn in der Roseggerstraße unverzüglich umzusetzen.“

Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass sich eine klare Mehrheit für diesen Antrag findet, damit die Verzögerung in dieser Angelegenheit endlich ein Ende hat.

Unser zweiter Antrag, der unter Tagesordnungspunkt 30. angeführt ist, beschäftigt sich mit der Öffnung der Einbahn in der Eisenhowerstraße. Bei dieser Straße haben wir es mit einer dreispurigen Allee zu tun, welche geradezu zum Rasen verführt und somit eine erhöhte Unfallgefahr sowie erhöhte Lärmbelastung für die Anrainer mit sich bringt. Für die Gesamtverkehrssituation in Wels bedeutet dies, dass der aus der Salzburger Straße kommende und in Richtung Osten fließende Verkehr bei der sogenannten Sauna-Kreuzung nicht mehr weiterkommt und sich daher entweder über die Straßen der Innenstadt Schleichwege sucht oder in der anderen Richtung über die Schubertstraße am Bahnhof vorbeirollt. Das ist außerdem eine Straße, von der wir wissen, dass dort ohnehin schon zu gewissen Tageszeiten ein ziemliches Verkehrschaos herrscht.

Die Öffnung der Einbahn in der Eisenhowerstraße war zwar nicht Bestandteil des Verkehrskonzeptes Wels-Innenstadt, das 2006 beschlossen wurde, aber wir wissen alle, warum diese letztlich nicht im Konzept stand. Herr Dipl.-Ing. Kleiner vertrat bekanntlich ursprünglich die gesamte Eliminierung des Einbahnrings, aber nach Interventionen einflussreicher Anrainer wurde diese Öffnung im Fall der Eisenhowerstraße entgegen jeder Vernunft nicht ins Konzept mit aufgenommen.

Wir GRÜNEN wollen demnach aus den genannten Gründen auch in der Eisenhowerstraße die Einbahnführung aufheben und ersuchen sie daher, dem zweiten vorliegenden Antrag ebenfalls die Zustimmung zu geben.

GR. Schatzmann zur Geschäftsordnung: Ich ersuche darum, die beiden Anträge dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Die Abstimmungen zu den Punkten 30. und 31. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schatzmann auf Zuweisung des Antrages (Anlage 29) zu Punkt 30. der Tagesordnung an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schatzmann auf Zuweisung des Antrages (Anlage 30) zu Punkt 31. der Tagesordnung an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 7 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei den Abstimmungen über die Geschäftsordnungsanträge zu Punkt 30. und Punkt 31. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Reindl-Schwaighofer hat schon zu einem früheren Zeitpunkt die Sitzung verlassen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Bürgerfragestunde:

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle fest, dass zur Bürgerfragestunde keine Anmeldung vorliegt. Wir haben jetzt nur mehr den Dringlichkeitsantrag zu behandeln.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Atomausstieg:

Der Bürgermeister stellt fest, dass er den Dringlichkeitsantrag (Anlage 31) und den Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion (Anlage 32) bereits zu Beginn der Sitzung verlesen habe und ersucht jetzt um Wortmeldungen zum Sachantrag.

GR. Bauer: Die Ereignisse in Japan zeigen uns eindeutig, dass die Kernkraft eine Risikotechnologie darstellt, die nie zu 100 Prozent beherrschbar sein wird. Menschen und ihre Technik machen Fehler, sodass es jederzeit zu einer Katastrophe kommen kann. Das kann beispielsweise durch menschliches Versagen wie in Tschernobyl passieren, aber auch durch eine Naturkatastrophe so wie jetzt in Japan. Ebenso kann einfach aufgrund der zahlreichen Sicherheitsmängel etwas geschehen.

Solche Sicherheitsmängel gibt es auch bei den uns am nächsten liegenden Kernreaktoren Isar 1 und Temelin. Isar 1 ist nicht nur sicherheitsgefährdet, sondern auch sehr stark veraltet. Es ist seit 1977 in Betrieb und ist gegen Flugzeugabstürze nicht abgesichert. 1988 ist Isar 1 einem Flugzeugabsturz sozusagen knapp entkommen. Damals gab es in einer Entfernung von nur 2 Kilometern einen Flugzeugabsturz und es ist nicht auszudenken, was geschehen wäre, falls dieses Flugzeug direkt ins AKW gestürzt wäre. Bei Temelin ist es ähnlich. Dieses Kernkraftwerk ist zwar noch nicht so alt, aber es gab auch schon über 100 Störfälle.

Laut rot-grünem Atomausstiegsprogramm in Deutschland hätte Isar 1 eigentlich im heurigen Jahr stillgelegt werden sollen, aber durch die Laufzeitverlängerung soll es jetzt noch bis 2019 weiterlaufen. Das kürzlich in Deutschland verkündete Moratorium ist ja auch nur für drei Monate in Kraft.

In der Petition, die zwar nicht am Beginn der Sitzung verlesen wurde, die aber allen zugegangen sein müsste, wird aufgefordert, die ältesten oder die Hochrisiko-Reaktoren sofort stillzulegen.

Bgm. Dr. Koits: Ich habe den Dringlichkeitsantrag verlesen, in welchem es einen Hinweis auf diese Petition gibt.

GR. Bauer: Dann wird ein Stopp für Laufzeitverlängerungen und für Neubaupläne von AKW gefordert und die Vorlage eines Abschaltplanes für alle anderen europäischen Atomkraftwerke. Weiters wären die Milliarden-Subventionen an die Atomindustrie zu stoppen und eine Förderung von nachhaltigen Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienzen sollte es geben.

Dieser Antrag wurde vorigen Montag auch von der Oö. Landesregierung beschlossen und laut Abänderungsantrag stellt sich heraus, dass die ÖVP dem 3. Punkt des Antrages, in welchem es um ein Bewerben des Atomausstiegs in den stadt eigenen Medien geht, nicht zustimmen kann. Ich denke mir aber, dass es sich hier nicht nur um eine Lippenbekenntnis handeln, sondern die Stadt vielmehr offensiv bzw. öffentlich gegen die Atomkraft auftreten sollte.

Ich bitte also um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag.

Bgm. Dr. Koits: Wenn hier dieser Abänderungsantrag der ÖVP vorliegt, so bedeutet dieser wohl, dass beispielsweise im Amtsblatt der Stadt Wels nicht speziell auf diesen heutigen Beschluss einer Petition eingegangen würde.

StR. Lehner: Ich darf unseren Abänderungsantrag noch etwas näher begründen.

Wir stehen ganz klar zu einem „Nein zur Atomkraft“ und zu einem Ausstieg aus der Atomenergie. Andererseits ist es für uns schon sehr problematisch, hier womöglich eine Türe zu öffnen, die wir dann nicht mehr schließen können. Es gibt nämlich viele NGO's mit sehr berechtigten Anliegen – das reicht von „Vier Pfoten“ bis hin zu „Global 2000“ – und wenn wir beschließen, für eine dieser NGO's die stadt eigenen Medien zu öffnen – diese möchten übrigens auch viele Inserate lukrieren bzw. einen sogenannten Druckkostenbeitrag – dann müssten wir das in Abwägung auch immer wieder für andere NGO's machen.

Daher gibt es also von unserer Seite ein klares Bekenntnis zum Ausstieg aus der Atomenergie, aber auch eine Abgrenzung, wenn es vielleicht darum ginge, stadt eigene Medien praktisch zu Werbeträgern für NGO's zu machen. Diese Türe sollte nicht geöffnet werden und deshalb stellten wir diesen Abänderungsantrag.

GR. Haböck: Ich denke ebenfalls, dass ein sehr breiter oder gar 100-prozentiger Konsens zum Thema Atomenergie besteht. In Österreich haben wir keine Atomkraftwerke, wiewohl wir 6 % von unserem Bedarf aus Atomkraftwerken beziehen. Österreich ist insgesamt in der glücklichen Lage, geographisch gut angesiedelt zu sein und einen

Großteil des Energiebedarfs aus Wasserkraftwerken lukrieren zu können. Wir sind somit nicht wie andere Länder auf gewisse Energieformen angewiesen.

Wie ich schon sagte, decken wir 6 % unseres Strombedarfs aus Atomkraftwerken. Würden nun alle Atomkraftwerke Europas sofort stillgelegt, entstünde für uns ebenfalls ein Vakuum. Es gibt allerdings Berechnungen, wonach bis zum Jahr 2020 ca. 7 Terawatt-Stunden pro Jahr – das sind ungefähr 10 Prozent des österreichischen Energieverbrauches – locker durch Wasserkraft ersetzt werden können und dazu müssen bis zu 330 Kleinkraftwerke, vornehmlich Wasserkraftwerke, gebaut werden. Persönlich unterstütze ich die Wasserkraft sehr, denn es ist eine saubere Energieform, auf die wir erfreulicherweise in Österreich zurückgreifen können, nämlich im Gegensatz zu anderen Ländern, die ärmer an Wasserkraft sind. Wir sollten somit auch nicht mit dem Finger auf andere zeigen, sondern glücklich darüber sein, dass wir über solche Möglichkeiten verfügen.

Wenn wir jetzt fordern, dass andere Länder eine Umstellung bei ihrem Energieaufkommen durchführen, dann müssen wir ebenfalls noch stärker als bisher zur Wasserkraft stehen. Hier bitte ich vor allem die GRÜNEN, ihre Haltung etwas zu ändern, denn die sind ja immer die ersten, die bei Planungen für Wasserkraftwerke aufspringen und gleich vorweg einmal dagegen sind. Wenn man sich also für alternative Energieformen entscheidet, dann muss man konsequenterweise auch dazu stehen. Für das, was ich hier sage, gibt es Beispiele. Wir erinnern uns noch an Lambach im Jahr 1995 und jetzt gibt es die Beispiele Gries, Stegenbach und Illspitz aus anderen Bundesländern, wo eben kleinere Wasserkraftwerke gebaut werden sollen und wo die GRÜNEN an vorderster Front dagegenmarschieren.

Insgesamt unterstützen wir aber diesen Antrag, so wie das unser Fraktionsvorsitzender gerade ausführte.

GR. Bauer: In Bezug auf das deutsche Stromnetz gibt es eine ganz aktuelle Studie, die besagt, dass es überhaupt kein Problem darstellt, die sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke sofort vom Netz zu nehmen, weil es noch genug Reserven gibt. Weiters wäre es durch die Aktivierung von Kaltreserven möglich, relativ schnell weitere Atomkraftwerke aus dem Netz zu nehmen. So viel also etwas zu Deutschland und dessen Stromreserven.

Wie schon gesagt wurde, haben wir in Österreich einen Atomstromanteil von 6 Prozent, aber andererseits auch einen Ökostromanteil im Ausmaß von 66 Prozent. Auch dieser hohe Ökostromanteil macht uns irgendwo einzigartig, weil die meisten Industrienationen ihren Hauptbedarf aus fossiler Energie decken. In Oberösterreich sind wir noch weiter voraus, nämlich mit einem Ökostromanteil von 85 % und unsere Landesparteien bzw. unsere Landesregierung haben beschlossen, bis 2030 auf einen Anteil von 100 % bezüglich erneuerbarer Energie zu kommen. Hier wird es natürlich auch um eine Förderung für Kleinwasserkraftwerke gehen. Da ist noch ein enormes Potential vorhanden, genauso wie bei der Biomasse und der Photovoltaik.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf noch eine kleine Korrektur anbringen. Wenn immer wieder vom Jahr 2030 die Rede ist, dann bezieht sich das auf Raumwärme und Strom. Das muss man immer vor Augen haben, wenn vom Jahr 2030 die Rede ist. Und das ist es, was auch die Stadt Wels erreichen möchte.

Das wollte ich klarstellen, damit man sich das womöglich bei späteren Diskussionen immer wieder vor Augen hält.

Die Abstimmungen zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 32) der ÖVP-Fraktion wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag selbst (Anlage 31) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke für diesen einmütigen Beschluss in Bezug auf den Dringlichkeitsantrag und ich glaube, dass es sich dabei neben anderen Beschlüssen, die wir heute fassten, um eine wirklich sehr gute Sache handelt.

Wir sind somit am Ende der Sitzung angelangt. Ich wünsche ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schritfführer: